

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944a.
Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittags 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
etc. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Wirtschaftspolitische Umschau.

Das hervorstechendste Merkmal der gegenwärtigen Situation ist die kürzlich beschlossene Herabsetzung des Diskontzinsfußes der Reichsbank auf 6 Prozent. Nach den Strafgesetzen des Deutschen Reiches fangen bei 6 Prozent die Wachszinsen an, von denen allerdings nur in Fällen einer Ausbentung der Notlage und Unerfahrenheit die Rede ist. Immerhin sind 6 Prozent Zinsen unter den von der Reichsbank vorausgesetzten Sicherheiten ein Zinsfuß, der eine ersprießliche Benutzung des zu diesem Satze aufgenommenen Kapitals in industriellen und gewerblichen Unternehmungen ausgeschlossen erscheinen läßt. Die großen Finanzinstitute hatten, als im Frühsommer dieses Jahres dieser hohe Satz sich einmal kurze Zeit hindurch nicht vermeiden ließ, daraus die richtigen Lehren gezogen, und umfassende Vorbereitungen für die Verhütung einer Ueberpannung des Geldmarktes für den Herbst getroffen. Trotzdem hat die Reichsbank zur Erhöhung des Diskontzinsfußes schreiten müssen, um zu verhüten, daß allzuviel deutsches Gold ins Ausland abfließe. Die industriellen Unternehmungen werden somit wieder, und zwar diesmal wahrscheinlich auf längere Zeit, unter dem Drucke dieser hohen Zinsbelastung leiden müssen.

Wenn sonst weiter keinerlei Schwierigkeiten beständen, würde man trotz alledem die Lage der Industrie für denkbar günstig halten. Alles ist nämlich mit Aufträgen überladen. Aus den Geschäftsberichten von industriellen Werken, die in der letzten Zeit vorgelegt worden sind, geht fast ausnahmslos hervor, daß alle Kräfte bis aufs äußerste angepannt sind. Kein einziges Werk scheint, wenn man nach diesen Berichten der Aktionäre urteilen darf, in den nächsten drei Monaten auch nur einen Augenblick für andere Arbeit freizuhaben. Besonders die Walzwerke sind sehr stark in Anspruch genommen, vielleicht so stark, wie es bisher nie der Fall gewesen ist. Das Wort „Halbzeugnot“ ist zu einem stehenden Begriff in wirtschaftlichem Leben geworden. Die Walzwerke erklären vielfach schon heute, daß die Ausführung der übernommenen Arbeiten in der angekündigten Zeit nicht möglich sein werde. Der Stahlwerksverband hat demgegenüber in den letzten Tagen zu einem ganz außergewöhnlichen Mittel gegriffen. Er hat zuerst das Geschäft mit dem Auslande fast völlig eingestellt. Dann hat er weiter beschlossen: „Jeder Stahlwerksbesitzer erhält für jede in der Zeit vom 1. Oktober 1906 bis zum 31. Dezember 1906 für Rechnung des Verbandes geleistete Tonne Halbzeug, die er über die absolute Quote in der Gruppe Halbzeug hinaus liefert, aus der allgemeinen Abrechnung einen Zuschuß zu dem Tabellenpreise von 5 Mark.“ — Im Auslande nimmt man dafür auf anderen Gebieten die deutsche Industrie in Anspruch. Die schwedische Regierung übertrug der Firma Krupp die Lieferung von 24 Festungshaubitzen trotz des Protestes der schwedischen Kanonenwerkstatt Bojors-Gullspang. Ferner hat die Generaldirektion der italienischen Staatsbahnen der Berliner Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft vorm. L. Schwarzkopff, Berlin, wie wir hören, neben der Lieferung von 24 Stück $\frac{3}{4}$ gekuppelten Schnellzuglokomotiven mit Rauchröhren-Überhitzer Bauart Schmidt übertragen.

Diesen günstigen Erscheinungen stehen nun aber auf der anderen Seite manche Ursachen zum Klagen gegenüber. Die Großindustrie muß es jetzt einmal fühlen, wie groß die Veräumnis war, deren sie sich schuldig machte, als sie die Ausbildung des

Arbeiterwachstums nicht selbst in die Hand nahm, sondern den jungen Leuten, die sich ihr anvertrauten, als „jugendliche Arbeiter“ aufs gröblichste vernachlässigte. Das Handwerk, das bei uns den größten Teil des Wachstums für die gelernte Arbeiterschaft der Industrie liefert, war auf einen Bedarf, so wie er sich jetzt herausgestellt hat, nicht eingerichtet gewesen. So sehen wir heute, daß die Industrie zwar ungelernete Arbeiter in sehr großer Zahl zur Verfügung hat, dagegen die gelernten nicht in ausreichender Zahl aufzutreiben vermag. Die gelernten Arbeiter sind unter diesen Umständen in einer relativ günstigen Position, aber trotzdem gelingt es immer nur vereinzelt Gruppen aus ihnen, sich eine höhere Bezahlung ihrer Leistung zu sichern. Die Entwicklung der sozialen Verhältnisse hat die widerstreitenden Interessen der gelernten und ungelerten Arbeiter in der Großindustrie zusammenschmiedet. Und so sehen wir, daß in den größeren Lohnkämpfen gelernte und ungelernete Arbeiter geschlossen zusammenstehen. Das ist z. B. auch der Fall in dem großen Streit beim Aachener Hüttenaktienverein „Rote Erde“, dessen Ende noch immer nicht abzusehen ist. (Inzwischen beigelegt).

Wie schwer die Werke gerade in diesem Augenblicke von einem Streik betroffen werden, zeigt die Feststellung, daß bei dem Aachener Werke der Produktionsausfall im Monat September sich auf zirka 36 000 Tonnen stellte. Der Verbandsausfall betrug zirka 29 000 Tonnen im Werte von zirka 3 700 000 Mark. Der Streik auf Rote Erde liegt den Großunternehmern gewaltig quer, und so konnte vor einigen Tagen die Meldung austauschen, der Stahlwerksverband habe angedroht, er werde eine Generalaussperrung über alle Werke dieser Art verhängen, wenn der Streik nicht binnen 8 Tagen zu Ende sei. Der Stahlwerksverband hat zwar erklären lassen, die Meldung sei falsch, aber immerhin zeigt das Auftauchen einer derartigen Vermutung, daß die Solidarität des Unternehmertums auf eine empfindliche Probe gestellt ist. Wenn man zu einem derartigen Mittel nicht greift, so liegt das wohl im Wesentlichen daran, daß die Organisationsverhältnisse der Arbeiter in Aachen eine derartige Generalaussperrung gänzlich wirkungslos machen würden.

Der wundeste Punkt des industriellen Lebens ist heute wie schon oben angedeutet, die unglückselige Gestaltung des Roheisenmarktes. Es besteht tatsächlich eine „Not“ in Roheisen und Halbzeug. Die Roheisenproduktion hat außerordentliche Fortschritte gemacht, aber der Verbrauch ist geradezu unheimlich gewachsen. Das Alteisengeschäft ist zurzeit so lebhaft, wie selten vorher, und die Preise für Alteisen steigen rapide. Eine gewisse Beruhigung bedeutet es, daß vor einigen Tagen die Meldung, der Stahlwerksverband wolle die Halbzeugpreise um 10 Mk. pro Tonne erhöhen, entschieden und unzweideutig dementiert wurde. Als Ursache für die Not stellt man in den Kreisen der Unternehmer den Streik auf Rote Erde hin, der einen außerordentlich starken Produktionsausfall mit sich bringt. Die Sache aber hat doch wohl noch einen anderen Haken. Die sogenannten „reinen“ Werke, die nur einen einzelnen Prozeß in der Eisenverarbeitung ausführen, bezogen früher einen starken Teil ihres Bedarfs an Rohmaterial aus den sogenannten „gemischten“ Werken, die alle Zweige der Eisenverarbeitung, vom Erz bis zum Fertigfabrikat, ausführen. Diese gemischten Werke bearbeiten natürlich unter den heute günstigen Verhältnissen alle Produkte ihre Hüttenbetriebe selbst weiter, sodaß den reinen Werken ein Bezug von Roheisen und Rohmaterialien aus den gemischten Werken gegenwärtig nicht möglich ist. Einen Teil der

Ursache mögen auch die Verkehrsverhältnisse tragen. Der neue preussische Eisenbahnminister, der während seiner langjährigen Tätigkeit in Köln die Wagenmangelkatastrophe aus eigener Anschauung kennen gelernt hat, hat zwar in diesen Tagen den entscheidendsten Kampf der Eisenbahnbehörden gegen den Wagenmangel angeordnet. Nach Lage der Sache kann man aber nicht damit rechnen, daß diese Bestrebungen einen glatten Erfolg haben werden.

Zurzeit ist der Wagenmangel, der den Bergwerken den Versand ihrer Kohlen unmöglich macht, eine gewohnte Erscheinung im wirtschaftlichen Leben. Voraussichtlich wird das vor dem Spätwinter nicht anders werden. Der Mangel an Rohmaterialien besteht übrigens nicht allein in Deutschland. Auch in England gehen die Preise rapide in die Höhe, zum Teil allerdings, das hier nicht vergessen werden darf, infolge der starken Verschiffungen nach Deutschland. Aber auch auf anderen Gebieten der Metallindustrie steigen die Preise so. So wurden vor einiger Zeit für Kupferblech auf 231 Mk., die Preise für Kupferrohr auf 260 Mk. erhöht.

Die beiden hervorgehobenen Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben, der Mangel an gelernten Arbeitern und der Mangel an Rohmaterialien, haben aber die Unternehmer nicht zu entmutigen vermocht. Die Neugründungen nehmen kein Ende. So sind im Bezirk der Unterweser neuerdings eine „Norddeutsche Hütte“, dann die „Metallwerke Unterweser“ gegründet worden. Gründer sind wohl die Geldleute des „Norddeutschen Lloyd“, die die Anlagen des Lloyd besser ausnützen wollen. Dieselben Herren haben früher die norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik in Bremen und die Norddeutsche Automobil- und Motoren-A.-G. ins Leben gerufen. Die Eisenwerke Gagganau planen eine Kapitalerhöhung um eine Million Mark, um die Aufnahme eines neuen Spezialartikels zu ermöglichen. Die Laurahütte beabsichtigt ihre sämtlichen Walzenstraßen umzubauen. Die Aktiengesellschaft Billinger Hüttenwerke verhandelte kürzlich über Kreditbewilligungen für Neubauten und den Ankauf von Gruben. Das Gußstahlwerk Witten will für eine Million ein zweites Stahlwerk bauen. Die Königshütte baut ein neues Blockwalzwerk, sowie ein großes Morganwerk für die Herstellung von Stahl- und Bandstahl. Die badische Maschinenfabrik und Eisengießerei plant die Erhöhung ihres Kapitals um eine Million. Auch die westf. Stahlwerke wollen eine Anleihe aufnehmen. Das Lübecker Hochofenwerk beabsichtigt sein Kapital von 4 auf 6 Millionen zu erhöhen; eine halbe Million soll für den Bau von Arbeiterhäusern gebraucht werden.

In derselben Richtung einer Ausdehnung der Produktionsmöglichkeiten bewegen sich auch wohl die mannigfaltigen Fusions- und Verschmelzungspläne, bei denen besonders Schweißer oft genannt wird. Auf dem Gebiete der Kartelle und Syndikate ragen die Verhandlungen über die Fortführung des Stahlwerksverbandes weit über alles andere hinaus. Die ersten Verhandlungen im Schoße der Verbandsversammlung haben zur Bildung zahlreicher Kommissionen geführt, die die Verhältnisse der einzelnen Bezirke unterjuchen sollen. Es wird allgemein angenommen, daß die Verlängerung des Stahlwerksverbandes auf die Dauer von 10 Jahren gelingen wird. Die Unternehmer würden in ihre eigenen Interessen aufs schärfste schärfen und zugleich die nationalen Interessen nicht fördern, wenn sie ein Scheitern der Einigungsverhandlungen zulassen wollten. — Weniger gut sieht es beim Gas- und Siederohrsyndikat aus. Mat hat vor einigen Tagen einen ganzen Tag verhandelt, ohne zu einem Er-

geht gekommen zu sein. Auch im Siegerlande ist es bisher zu einer Einigung nicht gekommen. Die Weisweider Eisenwerke werden nächstens einen zweiten Hochofen anblasen, weil die Nachfrage das wozu macht. Dahingegen hat der Verkaufsverein westfälischer Kalkwerke kürzlich eine Verständigung erzielt. — Interessant ist, daß auch in England sowie in Belgien sich die Kartellierungsbestrebungen neuerdings stärker geltend machen. So wird in England über die Gründung eines britischen Stahlwerksverbandes verhandelt. In Belgien sind Organisationsbestrebungen im Gange, die auf Schaffung einer belgischen Kleinindustrie hinauslaufen. Weiter haben die englischen Stahlröhrenfabrikanten nach langwierigen Verhandlungen eine fast geschlossene Organisation gebildet, die 70 Prozent der englischen Stahlröhrenfabrikationen umfaßt.

Die große Masse der Berichte aus den einzelnen Gesellschaften ist, wie schon hervorgehoben, überaus optimistisch, wie ja auch das vergangene Jahr überaus günstig abgeschlossen hat. Es seien hier einige Dividendenfestsetzungen bzw. Dividendenschätzungen angeführt:

	1906	1905
Wittener Gußstahlwerk	20 Proz.	
Daimler Motoren-Gesellschaft in Untertürkheim	6 "	6 Proz.
Waggonfabrik Fuchs-Heidelberg	8 "	
Panzer A.-G. für Seidenschraubbau u. Eisenindustrie, Berlin-Wolkow	10 "	5 "
Nienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik	6 "	2 "
Rhein. Nadelabriken, A.-G. Aachen	3 "	
Stahlwerke Höch-Dortmund	15 "	12 "
Maschinenbau A.-G. vor. Starcke und Hoffmann-Hirichberg	0	0
Deutsche Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Sondermann & Stier, Chemnitz	6 "	
Vereinigte Thüringer Metallwarenfabriken in Mehlis	12 "	12 "
Schloßfabrik Schulte in Velbert	8 1/2 "	7 "
Eisenhüttenwerk Reula bei Muskau	7 "	6 "
Oberschleische Zinkhütten A.-G.	5 "	
Hannoversche Maschinenbau A.-G. Egestorf	20 "	25 "
Karlschütte in Altwasser	6 1/2 "	
A.-G. für Eisenbahnmateriale Görlitz	18 "	18 "
Chemnitzer Werkzeugmaschinenfabr. (Zimmermann)	1 1/2 "	
Jagoneisenwalzwerk Maunstädt in Kall	14 "	
Vereinigte Stahlwerke von der Zypen u. Wiffener Eisenhütten, Köln-Deutz	13 "	
Eiderwerft A.-G. in Tönningen	3 "	4 "
A.-G. Lauchanger	11 "	8 "
A.-G. Niederelsbener Hütte	5 "	3 1/2 "
Böckenscheider Gußstahl	5 "	
Deutsch-Luxemburgische Bergwerkshütten A.-G., Bochum	10 "	8 "
Alexanderwerk von der Rahmer-Remscheid	7 "	7 "
Dresd. Bohrmaschinenfabrik A.-G.	6 "	4 "
A.-G. Falobi-Werk (Maschinenbau) Meissen	0	3 "
Bogtländische Maschinenfabrik von Dietrich, Plauen	16 "	9 "
Westfälische Drahtindustrie, Hamm	15 "	22 "
Maschinenfabrik Koppel, Chemnitz	16 "	12 "
Arthur Koppel, A.-G. in Petersburg	6,4 "	4 "
Zeiser Eisengießerei und Maschinenbau A.-G.	10 "	7 "
Wilhelmshütte für Maschinenbau A.-G. in Sulau	4 1/2 "	
Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation	15 "	

Gewerkschaften und Festlichkeiten.

Feste feiern gehört nicht zu den eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben, darüber bedarf es keiner langen Auseinandersetzungen. Von den verantwortlichen Leitern der christl. Gewerkschaften ist das auch stets betont worden und auf eine Einschränkung des tatsächlichen „zu viel“ auf diesem Gebiet hingewirkt worden. Der Beschluß des Ausschusses vom Gesamt-Verband im November vorigen Jahres, daß höchstens einmal im Jahre ein gemeinsames Fest am Ort und ohne Tanzvergnügen gefeiert werden dürfe, war diesem Bestreben entsprungen. Zu viel Feste würden nicht nur unsere gewerkschaftliche Arbeit beeinträchtigen, sondern auch Kollisionen mit den konfessionellen Vereinigungen im Gefolge haben

können. Das wollen wir jedoch vermeiden, im beiderseitigen Interesse. Es kann uns auch nur freuen, wenn von den konfessionellen Vereinen nach der Richtung hin Kritik an den christl. Gewerkschaften geübt wird.

Ueber das Ziel hinaus schießt jedoch die Stellungnahme einer Konferenz der Gesellenvereinspräsidenten der Diözese Rottenburg, die am 1. Oktober in Ravensburg tagte und von 34 Präsidien besucht war. Nach einem Bericht des deutschen Volksblattes (Stuttgart) hat Herr Präses Schweikert-Stuttgart ein Referat über die Frage erstattet: Warum verlangen wir das Fernhalten der Pflege von Unterhaltungen von den christlichen Gewerkschaften?

Nach dem Bericht obengenannten Blattes führte Redner aus, „daß die christlichen Gewerkschaften im Gegensatz zu ihrer ursprünglichen programmatischen Erklärung und zu ihrem Zweck als rein wirtschaftliche Vereinigungen in den letzten Jahren vielfach darauf verfallen seien, ihrerseits Unterhaltungen aller Art, wie Stiftungsfest, Bälle, Ausflüge zu veranstalten. Das Beispiel der Rheinlande habe Süddeutschland hierin nachgeahmt. Die Gesamtleitung der christlichen Gewerkschaften habe solche Veranstaltungen, wenn auch mit Beschränkung etwa auf einmal im Jahr, freigegeben.

Wenn wir nun dagegen eine prinzipielle Verurteilung aller derartigen Bestrebungen von Seiten des Gesamtverbandes verlangen und davon unser ferneres Zusammenarbeiten mit den christlichen Gewerkschaften abhängig machen, so könne das nicht einen Einbruch unsererseits in fremdes Gebiet bedeuten, es handle sich vielmehr dabei um die Zurückweisung eines Einbruchs der christlichen Gewerkschaft in unser Gebiet.

Bisher habe man die Pflege des religiösen Lebens und ebenso die Fortbildung und Unterhaltung als ausschließliche Domäne der konfessionellen Vereine angesehen und ihnen überlassen. Habe nun aber die christliche Gewerkschaft einmal mit dieser bisherigen Auffassung gebrochen, werde die Bewegung gewiß immer weiter gehen, bei dem „einmal nur im Jahr“ werde es nicht bleiben und so hänge von der grundsätzlichen Entscheidung dieser Frage die ganze Existenz der konfessionellen Vereine ab. Die Aufnahme von Vergnügungen in die christlichen Gewerkschaften müsse zuletzt auf das Bestreben hinausgehen, überhaupt die konfessionellen Vereine durch die Gewerkschaften abzulösen. Wir wollen ja wohl die christlichen Gewerkschaften und sind bereit, sie zu unterstützen, aber das Opfer unserer eigenen Existenz zu bringen, dürfte man uns doch nicht zumuten. Auch werden wir niemals der Agitation der christlichen Gewerkschaften etwas in den Weg legen, solange dieselbe in den rechten Grenzen bleibe. Werden aber Festlichkeiten und Ausflüge als Agitationsmittel verwendet, dann müssen wir uns dagegen wehren, einmal wegen des Prinzips der Gewerkschaften, sodann aber auch vom Standpunkt der Seelsorge aus. Solche Veranstaltungen werden manchmal und seien tatsächlich schon denen der konfessionellen Vereine sowie der religiösen Pflichtenfüllung durch die Mitglieder der letzteren, die doch ein bedeutendes Kontingent zu den christlichen Gewerkschaften stellen, hindernd in den Weg getreten. Demgemäß stellt der Referent folgende von der Versammlung ohne jede Einschränkung angenommene Sätze auf:

1. Die Pflege der Unterhaltung wurde von Anfang an von den christlichen Gewerkschaften selbst als ein Gebiet betrachtet, welches auch in Zukunft den konfessionellen Vereinen (Arbeiter- und Gesellenverein) verbleiben soll. Nur unter dieser Voraussetzung sind die Gesellenvereine, unbeschadet ihrer anderen Bedenken, bisher für die christlichen Gewerkschaften eingetreten.
2. Wenn nun die christlichen Gewerkschaften fast überall, wo sie irgendwelche Bedeutung haben, dazu übergehen, das Vergnügen in den Rahmen ihrer rein wirtschaftlichen Organisation aufzunehmen, so verlassen sie damit den Boden ihres eigenen Programms und ändern damit ihre ganze bisherige Stellung zu den konfessionellen Vereinen, ganz besonders zu den Gesellenvereinen, welche als Jugendorganisation in erster Linie unter den Veranstaltungen leiden müssen.
3. Im Interesse eines gemeinsamen Nebeneinanderarbeitens müssen wir verlangen, daß die Gewerkschaften in der Frage der Pflege der Unterhaltungen in jeder Form sich auf den von ihnen selbst bisher eingenommenen Standpunkt zurückziehen.
4. Nur unter dieser Voraussetzung können die Gesellenvereine der Diözese Rottenburg den Beitritt ihrer Vereinsmitglieder zur christlichen Gewerkschaft befürworten.

Wir haben das Empfinden, daß man hier der Festlichkeitsfrage eine viel zu große Bedeutung beilegt hat. Es würde sehr schlimm um die konfessionellen Vereine bestellt sein, wenn der Referent damit Recht hätte, daß „von der grundsätzlichen Entscheidung dieser Frage die ganze Existenz der konfessionellen Vereine“ abhängen würde. Ebenso halten wir es für unmöglich, daß mit Feste feiern „die konfessionellen Vereine durch die Gewerkschaften abzulösen“ seien. Gegen diese Bewertung des inneren Wertes der konfessionellen Vereine werden sich wohl aus deren Lager selbst Stimmen erheben.

Zu unsern christl. Gewerkschaften muß es einen sonderbaren Eindruck hervorrufen, daß man wegen dieser Reibungsfläche sofort die Kabinetsfrage stellt und das weitere gute Einvernehmen davon abhängig macht. Wir hoffen, daß wir auch in dieser Frage mit den Gesellenvereinen auskommen werden.

Unser Standpunkt, der von allen unseren Verbandsmitgliedern überall zu befolgen ist, ist nach wie vor der: Je weniger Festlichkeiten, um so besser. Festlichkeiten der einzelnen Zehntausenden sollen unter allen Umständen unterbleiben, es sei denn, daß dieselbe mehrere tausend Mitglieder umfaßt, wo ein gemeinsames Fest nicht möglich ist. Jährlich ein gemeinsames Familienfest aller am Ort befindlichen christl. Berufsverbände, damit muß es genug sein; solches kann auch nicht als Uebergreif in das Gebiet der konfessionellen Vereine betrachtet werden. Kann auch das noch unterbleiben, werden wir nichts dagegen einzunenden haben. Wenn das angestrebte Ziel einmal erreicht sein wird, nämlich die Doppelmitgliedschaft aller christlichen Arbeiter und Gesellen im konfessionellen Verein und in der christlichen Gewerkschaft, dann wird es um so leichter sein, die Festlichkeitsfrage zur beiderseitigen Zufriedenheit zu lösen.

Aus dem roten Hamburg.

Mancher wird vielleicht der Ansicht sein, hier in Hamburg, der bekannten Domäne der Sozialdemokratie, auch des „mächtigsten“ roten Metallarbeiterverbandes, würden für die Arbeiter recht annehmbare günstige Verhältnisse bestehen. Dieses ist aber in Wirklichkeit nicht der Fall, in manchen Betrieben und Berufen das gerade Gegenteil. Daß hier die Sozialdemokratie so stark geworden ist, kann zum Teil als ein zweifelhaftes Verdienst der bürgerlichen Kreise und insbesondere auch der bürgerlichen Tagespresse bezeichnet werden. An Versuchen zur Unterdrückung der Sozialdemokratie und phrasenschwulstigem Kampf gegen dieselbe hat es ja nicht gefehlt, aber damit läßt sich die rote Gefahr nicht zurückdrängen. Indirekt hat die bürgerliche Presse den Sozialdemokraten die Wege gebahnt, indem sie seit Jahr und Tag systematisch darauf hingearbeitet hat, die religiösen Ideale in den breiten Massen des Volkes zu untergraben. Daß ein so großer Teil der Arbeiter dann in die Netze der Sozialdemokratie geraten ist, kann darum nicht weiter wunder nehmen. Mit dem Einzug und dem rapiden Anwachsen der sozialistischen Ideen ist aber dem Interesse des Arbeiterstandes noch wenig geholfen.

So recht kommt diese Wahrheit zum Ausdruck bei den Gold- und Silberarbeitern der Firma Richter, Hamburg-Barmbeck. Durch den verloren gegangenen Streit im Jahre 1890 war auch das Interesse und Vertrauen zur Organisation geschwunden und selbst als vor zirka zwei Jahren die Arbeitszeit von 9 auf 10 Stunden und der Lohn zum Teil um 10 Mark gekürzt wurde, konnte der rote Metallarbeiterverband trotz aller Liebesmüh nicht den gewünschten Fang machen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen vermuteten eben die Sozialdemokraten hinter dem sehr neutralen Mäntelchen, das in den Versammlungen umgehungen wurde.

Aber unsern Ideen wurde und wird ebensowohl Mißtrauen entgegengebracht. Ganz logisch! Das Produkt der Erziehungsarbeit der bürgerlichen Presse gelesen von dem größten Teile dieser Arbeiter. Man hält in diesen Arbeiterkreisen eben unsere Sache schließlich auch für noch aussichtsloser und schädlicher als die sozialdemokratische. Keine Ideale, aber auch kein Funken von Standesbewußtsein ist bei diesen Arbeitern mehr vorhanden.

An dessen Stelle steht nur Egoismus, Strebertum und Indifferentismus. Dieses kommt zum Ausdruck, wenn man da sieht, wie trotz der Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung und sonstiger Mißstände, ruhig weiter geschlafen wird. So soll jeder verpflichtet, keiner Organisation anzugehören. Und was tun die Gold- und Silberarbeiter bei Richter? Statt wie ein Mann aufzustehen und

dagegen Front zu machen, wird dereinst diesem Wunsche nachzukommen, versucht und dies in Hamburg, diesem roten Eldorado!

Bei Verkürzung der Arbeitszeit vor zwei Jahren gab Richter das Versprechen: Sobald die Konkurrenz die 9stündige Arbeitszeit einführe, folge er nach.

Nun, die Pforzheimer Edelmetallarbeiter dieses durch die Organisation errungen haben, glaubt Herr Richter sagen zu sollen, die Pforzheimer wären keine Konkurrenten eigentlich nicht und ein Alterskollegiumsmitglied, anstatt mit den andern Kollegen auf das Versprechen von damals zu pochen, meint dann auch noch: in zehn Stunden könnte ja auch tatsächlich mehr geleistet werden wie in neun.

Dass es dann wiederum besorgte Seelen gibt, die geängstigt durch das Leisetreten ihrer gewählten und von Herrn Richter genehmigten Vermittler zwischen Firma und Arbeiter den Antrag in der Versammlung stellen, es müsste, wenn eine Maßregelung eintreten würde, jeder Kollege in der Woche 30 und die Kolleginnen etwa 20 Pfg. bezahlten, ist auch ein Zeichen dafür, daß die Richterschen Arbeiter blind in den Tag hinein leben. Sie sollten den Rat befolgen, den hierauf ein Kollege von uns erteilte, sich Mann für Mann unserem Verbands anzuschließen, wo die Kollegen dann eine Rückendeckung im vollen Sinne des Wortes hätten. Aber da hat man keine 30, geschweige 50 oder gar 60 Pfg. für übrig. Die braucht man ja nicht, die Organisation. Herr Richter behauptet das, denn er sagte: sobald Fremde in eurer Besprechung mitwirken, ziehe ich die Zusicherung, den 9 Stundentag und 10 Prozent Lohnerhöhung einzuführen, zurück. Er kommt also!

Nun streitet man sich aber noch darum, wann er kommt: der 9 Stundentag nämlich. Die Akkordarbeiter sind der Ansicht, 5 Prozent Lohnerhöhung wäre auch genug, — also 9 Stunden und Lohnreduzierung! Dafür könnten ihre Akkorde erhöht werden! Ist das nicht ein betrübender Standpunkt und unglaublich niedriger geistiger Tiefstand?

Angelehnt des guten Beispiels, das unsere Pforzheimer Kollegen und Kolleginnen gegeben, sollte man glauben, auch die Richtersche Arbeiterschaft würde und müsste endlich aufwachen und sich der Organisation anschließen.

Kollegen! Aufz intensivste müßten wir gegenüber der Firma unsere Pflicht tun, also haben wir auch ein Recht zu fordern, daß auch die Firma ihre Pflichten uns gegenüber tut. Nicht hanteln, sondern aufrecht, wie unsere Kollegen in Pforzheim es getan haben, wollen wir vor unsere Arbeitgeber hinstreten. Soll dies aber mit Erfolg geschehen, dann muß es zuerst heißen: Alle Gold- und Silberarbeiter und Arbeiterinnen hinein in den christlichen Metallarbeiterverband!

Zur Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Die Forderung der Bergarbeiter um eine 15 proz. Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverminderung des Samstag um eine halbe Stunde ist seitens der Siebener-Kommission an den Bergbauischen Verein gerichtet worden. Ob die Forderung Erfolg hat, bleibt vorläufig abzuwarten. Nach den seitherigen Gepflogenheiten wird genannter Verein wieder die Erklärung abgeben, daß diese Angelegenheit Sache der einzelnen Zechenverwaltungen sei, und die Siebener-Kommission nicht als Vertretung der Bergarbeiter anerkannt werden könne. (Ist inzwischen geschehen. D. N.) Die „Rhein.-Westf. Ztg.“, das Organ der Grubenbesitzer, macht dazu folgende Ausführungen:

„Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß die Forderung nach einer Lohnerhöhung durch die so stark gestiegenen Lebensmittelpreise als verständlich erscheinen kann. Die Lohnverhältnisse im Bergbau passen sich eng der jeweiligen Konjunktur an, wie ja andererseits auch die Arbeitsforderung an die Bergleute mit der Konjunktur steigt und fällt. Bei der großen Anspannung der Industrie ist nun schon seit dem 1. Januar eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 10 Prozent eingetreten, so daß die Arbeiter ihren Anteil an der günstigen Konjunktur schon haben. Wenn diese von selbst gewährte Lohnerhöhung nicht ausreichend erscheint, so liegt dies in Verhältnissen, für welche die Bergwerksbesitzer der Regierung die Verantwortung zuschieben. In der Tat sind die Lebensmittelpreise so stark gestiegen, daß die Löhne dieser Steigerung nicht folgen konnten. Das ganze Lohnmehr wird absorbiert durch die Teuerung, und der Tribut, den unsere Industrie der Landwirtschaft zahlt, beträgt jährlich 40—50 Millionen. Daß hierdurch Unzufriedenheit entsteht, ist begreiflich, und der Regie-

rung, welche der Industrie diese Last aufgebürdet hat, werden unsere Bevölkerungskreise wenig Dank wissen. Wäre die Lohnerhöhung den Arbeitern wirklich zu gute gekommen, im Ruhrgebiete schwirren keine Streikglocken. So dagegen kommt der Arbeiter trotz der guten Konjunktur nicht weiter, ja noch nicht so weit wie früher, und aus diesem Grunde mag die Forderung der Arbeiter als nicht unverständlich erscheinen. Dagegen schiebt die Forderung der Siebener-Kommission für die Zechenbesitzer weit über das Ziel. Zunächst wird das Verlangen nach einer Lohnerhöhung von 15 pCt. glatt abgewiesen werden. Die prozentuale Höhe ist vollständig willkürlich gewählt, besonders aber muß das Ansuchen zurückgewiesen werden, von heute auf morgen eine solche Erhöhung einzuführen. Die Lohnsteigerungen bewegen sich in gleichmäßigen Kurven, plötzliche Veränderungen müßten äußerst störend auf die Industrie wirken. Dann ist aber auch ein Satz gewählt, der überhaupt nicht diskutabel ist. Durch eine derartige Lohnerhöhung würde die Rentabilität der Bergwerke so sehr vermindert, daß kaum noch nennenswerte Dividenden ausgeworfen werden könnten. Es ist doch zu berücksichtigen, daß die reinen Bergwerke von der Hochkonjunktur keineswegs so viele Vorteile genießen wie die Hüttenzweige und Eisenwerke. Die Preiserhöhung von 50 Pfg., welche das Kohlen Syndikat am 1. April 1906 hat eintreten lassen, ist von den gesteigerten Löhnen fast völlig verzehrt worden, wie also ließe sich eine derartige Erhöhung jetzt durchführen? Denn auch der Zeitpunkt der Forderung ist völlig kritiklos gewählt. Wenn eine Lohnerhöhung eintritt, so würde als Zeitpunkt höchstens der 1. April 1907 in Betracht kommen, weil dann ebenfalls eine Erhöhung des Kohlenpreises vorgenommen wird. Für den Augenblick dagegen ist eine Erhöhung, die nicht der regelmäßigen Kurve folgt, ausgeschlossen. So bedeutet der Beschluß der Siebener-Kommission also einen Fehlgriff, der sich ja auch in der Form des Verhandlung sofort zeigen wird. Die Zechenbesitzer sind in der gegenwärtigen Lage wohl bereit, über die Lohnfrage mit den Vertretern der Belegschaft zu verhandeln, und hoffen dabei zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen, dagegen erscheint es sehr fraglich, ob Verhandlungen mit den Organisationen zustande kommen. Die Form des Zutretens der Siebener-Kommission wird keinesfalls günstig beurteilt, und wie schon diese ersten Verhandlungsvorläufe rund abgewiesen werden, dürften weitere Verhandlungen mit ihr fast als ausgeschlossen erscheinen. Kommen so die Organisationen als Verhandlungsorgane nicht in Betracht, so steht den Bergarbeiterauschüssen geblieben ja nicht das Recht zu, in der Lohnfrage mitzusprechen, dort allerdings, wo man in ihnen die Vertreter der ganzen Belegschaft erblicken kann, sind sie als solche wohl zu Verhandlungen geeignet, von einer großen Zahl der Bergarbeiter werden sie aber nicht als solche betrachtet. Das Ergebnis der Verhandlungen würde jedenfalls nichts an den gegenwärtigen Verhältnissen ändern. Die Löhne steigen entsprechend der Konjunktur, und es hat sich gezeigt, daß diese Steigerung auch ohne große Notation gewährt wird. Wird durch die schon oft bekämpften Maßnahmen der Teuerung die Teuerung bleiben, so kann eine Lohnerhöhung nur bei Erhöhung des Kohlenpreises in Frage kommen, aber auch diese wird schließlich wohl durch den Tribut, den wir an die Landwirtschaft zahlen müssen, nur wenig helfen, bis daß dort oben endlich ein anderer Wind weht, welcher die Grenzperre und all die anderen Verteuerungsmassnahmen, die von agrarischer Seite zum Schaden des ganzen Volkes festgehalten werden, wegbläst.

Den Wünschen der Arbeiter wird also von den Werksbesitzern Verständnis entgegengebracht, dagegen wird das Vorgehen der Siebenerkommission in dieser Form nicht die geringste Aussicht auf Erfolg haben. Die Antwort: „Wir verhandeln nicht“, kann sich unter diesen Umständen nur allzu leicht wiederholen. Sollten aber dann die kühlen Erwägungen durch das Spiel mit dem Feuer, das der alte Bergbund und ihm gezwungen folgend, der Christliche Gewerksverein in den letzten Wochen treibt, schon verschunden sein, und sollte es zu einer Katastrophe kommen, dann wird unser ganzes Volk einen so gewaltigen Schaden erleiden, daß die Sympathien wohl kaum auf der Seite der Leute stehen können, welche es nicht versuchen, auf einem gangbaren Wege ihr Ziel zu erreichen. Die Zechenbesitzer geben sich der Hoffnung hin, daß ihr Vorgehen diesmal von der Öffentlichkeit günstiger beurteilt werden wird, da sie berechtigten Wünschen entgegenkommen, soweit es ihnen möglich ist, aber sie lehnen es ab, übertriebene Forderungen auch nur in den Bereich ihrer Erwägungen zu ziehen.“

Die Rhein. Westf. Ztg. sucht jetzt alles auf die Teuerung abzuwälzen, und auf den „Tribut, den unsere Industrie der Landwirtschaft zahlt“ schade, daß diese Erkenntnis etwas spät kommt. Die einflussreichen Freunde der Rhein. Westf. Ztg. haben zur Zeit doch eifrig mitgearbeitet, daß die Dinge sich so gestalten, wie sie heute sind. Ein anderer Ausweg gibts nun heute nicht, als der verteuerten Lebenshaltung entsprechend die Löhne zu erhöhen. Die Lage der Arbeiter ist dann doch um nichts mehr gebessert, als wie sie vor der Teuerung gewesen ist. Auf diese alte Binsenwahrheit haben wir schon vor Jahren hingewiesen. Der „Tribut“ muß einmal nach Lage der Dinge bezahlt werden.

Die Krawallhelden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes vor Gericht.

Am 11., 12. und 13. Oktober wurde vor dem Schwurgericht in Nürnberg gegen die Urheber der Streikrawalle in der Regensburgerstrasse in Nürnberg verhandelt. 5 Musterknaben des roten Verbandes zierten die Anklagebank. Sie waren beschuldigt des Landfriedensbruches und erschwerter Körperverletzung. Nach 3tägiger Verhandlung erging nachfolgendes Urteil: Braun 1 Jahr 6 Monate, Müller 9 Monate, Odörfer 1 Jahr, Wohlleben 4 Monate und Weitengruber 3 Monate Gefängnis. Den Geschworenen lagen 39 Fragen vor. Die Frage des Landfriedensbruches wurde verneint und überall bloß Körperverletzung angenommen.

Die Verhandlung ergab zunächst, daß die Darlegungen des Falles in der roten Presse und in den zahllosen Versammlungen die Bezeichnung „dreister Schwindel“ verdienen. Man hat sich bemüht, die Rohlinge auf alle mögliche Art zu entschuldigen. Den Streikführer Fleischmann, der sein Leben bei dieser Affäre lassen mußte, hat man als edlen Menschen, als Märtyrer bezeichnet, der immer nur abwehren wollte, während man die überfallenen Arbeiter, unter denen sich auch mehrere Kollegen unserer Organisation befanden, in schmachlichster Weise beschimpfte und provozierte. Den Sattler Thiel, der Fleischmann niederschoss, brandmarkte man als Mörder, Mordbube usw.

So hat man im roten Lager einen künstlichen Entrüstungsrummel inszeniert mit Massenversammlungen, Resolutionen und den unvermeidlichen Sammlungen. Was hat sich nun aus der 3tägigen Verhandlung ergeben? In erster Linie wurde klar bewiesen, daß der Streik ein vollkommen unberechtigter war. Erst nachdem der Streik 14 Tage gedauert ließ sich die Leitung des roten Metallarbeiterverbandes zwingen, den Streik anzuerkennen und Streikunterstützung zu gewähren. Am 16. August wurde der Streik von der roten Verhandlungsleitung als aussichtslos aufgehoben. Am 17. August abends kam der Krawall vor. Es bestand kein Streik mehr und die Leute, welche vor der Fabrik standen, waren keine Streikposten, sondern gemeine Wegelagerer. Und diese Leute hat die deutsche Sozialdemokratie in liebevoller Weise dann an ihr Herz geschlossen.

Die tatsächlichen traurigen Vorkommnisse wurden von roter Seite, wie bereits bemerkt, total entstellt. Vom Streikführer Fleischmann sagte der Staatsanwalt, daß dieser Mann den unheilvollsten Einfluß auf die Angeklagten ausgeübt habe. Er habe gewissermaßen das Kommando bei den Ausschreitungen geführt. Also von „Abwehren“ war keine Rede. Fleischmann und seine Trabanten waren die Angreifer, daß ist vor Gericht unwiderleglich festgestellt.

Ihre Werkzeuge waren Bierflaschen und Totschlagger. Die Szene, bei der Fleischmann erschossen wurde, spielte sich folgendermaßen ab. Eine ganze Rote stürzte sich auf den Sattler Thiel und schlug in rüher Weise auf ihn ein. Sein Gesicht war zerkratzt und zerfchlagen. Er riß sich dann los und lief fort, soweit er laufen konnte. Erst als man ihn wieder einholte, zog er in berechtigter Notwehr den Revolver und tat den unglücklichen Schuß.

Der Angeklagte Odörfer, welcher 1 Jahr Gefängnis erhielt, sagte vor Gericht aus: daß er, wenn er an Thiels Stelle gewesen wäre, ebenfalls geschossen hätte. Seiner Ueberzeugung nach habe sich Thiel in Notwehr befunden.

Bemerkenswert ist auch, daß eine ganze Reihe von den Arbeitern erhebliche Verletzungen erlitt, während von den Erzebedenten keiner verletzt wurde als Fleischmann. Die Leute, außer Thiel, haben, trotzdem sie bewaffnet waren, keinen Gebrauch hiervon gemacht.

Was aber hat die rote Fliegenpresse geschrieben? „Nicht Breslau, sondern Warschau,“ tünste es im roten Blätterwald. Man hat alles entstellt, auf die Christlichen geschimpft und Gelder gesammelt. Hoffentlich erhält die Witwe auch das gesamte Geld und nicht etwa bloß eine Rente, wie man munkeln hört.

Es folgt nun noch ein weiteres Nachspiel. Die Krawalle am 24. August, zu welchen sich die Bevölkerung aus Mitleid der Schereien und Entstellungen der roten Presse verleiten ließ, werden noch weitere Opfer kosten. Darauf läuft die Taktik der roten Verbände hinaus. Darum schließt sich jeder anständige Metallarbeiter der christlichen Organisation an. Unsere Taktik führt nicht zu Revolution und zum Zuchthaus, sondern zu einer menschenwürdigen Existenz und zum sozialen Frieden. Vorkommnisse, wie die Krawalle in Nürnberg schaden der aufstrebenden deutschen Arbeiterschaft mehr, wie jahrelange Arbeit wieder gut machen kann. Dadurch wird den vielen und einflussreichen Gegnern der Arbeiter nur Wasser auf die Mühlen geliefert; die gesamte Arbeiterbewegung in Mißkredit gebracht. Deshalb sind derartige Ausschreitungen aufs tiefste zu bedauern und jeder ehrlich denkende wird sie entschieden verurteilen. Solche Exzesse sind das Produkt des alles zeretzenden Klassenkampfes, der im sozial. Lager propagiert wird und von selbst in Klassenhaß ausarten muß. Die Hunderttausende christlich-nationaler Arbeiter haben mit diesem Treiben nichts gemein und durch Vorkommnisse wie die in Nürnberg wird die Kluft zwischen den beiden Richtungen nur noch größer werden. Die große Masse der deutschen Arbeiter aber wird immer mehr erkennen und einsehen lernen, daß ihren Standesinteressen nicht mit revolutionären Phrasengeklimmer und blindem Klassenhaß, sondern mit praktischer, ruhiger Gegenwartsarbeit in der christlichen Arbeiterbewegung gedient ist.

Ein organisierter glücklicherweise mißlungener Ueberfall gegen einen christlichen Gewerkschafts-Sekretär.

Dazu schreibt das Mannheimer Volksblatt vom Freitag, den 19. Oktober:

„Der christliche Gewerkschaftssekretär Tremmel ist der von den Genossen bestgeschafte Mann Mannheims geworden. Und warum? Weil er den Mut hatte, die Praktiken gewisser Herren Gewerkschaftsführer im „freien“ Lager aufzudecken. Besonders sein Eingreifen in den Hafenarbeiterstreik und die Aufdeckung der Machinationen des Herrn Seidel hat den Haß auf den Gipfel getrieben. Gestern abend suchte sich nun eine Gesellschaft aufgehetzter Elemente an Tremmel zu rächen. Man hatte ausgespiert, daß Tremmel an einer Versammlung in der „Speyerer Bierhalle“ U 1, 6 teilnehme. Eine Reihe Spione hatte sich den ganzen Abend in der Wirtschaft vergewissert, ob das auch zutrefte. Als Tremmel nach 12 Uhr das Lokal verließ, hatte man bereits Posten ausgestellt, die seinen Heimgang weiter signalisieren mußten. Eine Anzahl der verdächtigen Gestalten verfolgte Tremmel auf dem ganzen Wege bis an die Straße zwischen C 7 und D 8, in welcher Tremmels Wohnung liegt. Bereits am Hause angekommen, stürzten sich plötzlich zwei Gestalten, denen eine ganze Rotte folgte aus den verschiedenen Vorbögen auf Tremmel zu, mit dem Rufe: „Haben wir Dich, Arbeitervertreter.“ Nur dem Umstande, daß Tremmel sofort seinen Revolver entriegeln konnte, ist es zuzuschreiben, daß er sich die Gesellschaft vom Halse hielt, ohne jedoch die Haustüre seines Wohnhauses erreichen zu können. Unter steter Verfolgung seiner Angreifer zog sich Tremmel gegen den Zeughausplatz und die Planke zu zurück, um auf belebterem Wege zur Zentralpolizeiwache zu kommen und Hilfe zu erbitten. Diese wurde ihm denn auch bereitwilligst gewährt. Als Tremmel dann später in Begleitung zweier Schutzleute wieder an seinem Wohnhause ankam, trieben sich immer noch einige verdächtige Gestalten in der Straße herum. Dieser scheint aber angefißt der Pöbelhauben der Schutzleute der Mut vergangen zu sein, ihren Angriff zu wiederholen. Soweit mußte es also in Mannheim kommen, daß man ehrlichen und offenen Gegnern, die aus ihrer Ueberzeugung keinen Hehl machen, den Mund durch Schläge und Körperverletzungen zu schließen sucht. Das mußte aber so kommen, denn die Lehremethode der „Volksstimme“ zeitigt ihre Früchte. Wie diese Methode auf den Bildungsgang und das Gemüt der Genossen wirkt, zeigt der glücklichweise mißlungene Ueberfall auf Tremmel.“

Soweit wären wir denn „glücklichweise“ bald gekommen, daß sich christliche Gewerkschaftsführer nur noch mittels Revolver die soziald. Rowdies vom Halse halten können. Die sozialdemokratische Volkserziehung von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zeitigt schon herrliche Früchte.

Note Muster-Arbeitgeber.

Wegen des neuen Buchdruckertarifs ist es zwischen dem „Korrespondent“ (Organ der Buchdrucker) und dem „Vorwärts“ zu einer heftigen Fehde gekommen, weil das sozialdemokratische Zentralorgan gegen den von der Verbandsleitung endgültig abgeschlossenen neuen Buchdruckertarif eine fröhliche Heße in Szene gesetzt hat.

In seitenslangen fastigen Artikeln wird der kränkliche Streit ausgetragen. Dabei wird die Arbeiterfreundlichkeit des offiziellen Parteiverlags „Vorwärts“ in bengalischem Lichte von dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsblatt beleuchtet.

Der „Korrespondent“ schreibt:

„Keine Druckerei in Deutschland hat jemals eine so raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinengeber ausgeübt, als gerade die Druckerei des Vorwärts. Wir haben darüber bis jetzt nichts gesagt; wenn aber der Vorwärts zur Verhöhnung unserer Kollegen die Dinge auf den Kopf stellt und unseren Kollegen die zehnprozentige Lohnrechthung hinwegzudisputieren sucht, dann muß es eben gesagt werden, daß in jedem bürgerlichen Geschäft eine Kontrolle über die Leistungen, wie sie im Vorwärts (d. h. in der Druckerei desselben) geübt werden, mit dem Streik beantwortet worden wäre.“

Diese Zustände passen ja vortrefflich zu der Streikbrecherredaktion, die den deutschen Genossen die geistige Kost im Zentralorgan serviert. Hätten alle Ursache, vor der eigenen Tür zu stehen, darin geben wir dem Buchdruckerorgan vollständig recht.

Der „Vorwärts“ steht jedoch als Musterarbeitgeber nicht allein auf roter Flur, das kann ihm zum Trost gereichen. Karlsruher Volksfreund und Schwäbische Volkszeitung (Augsburg) haben ebenio viele Ursache, dem Tarif der Buchdrucker gram zu sein. Mit roten Parteidruckereien ist jedoch die Liste der Musterarbeitgeber nicht erschöpft. Kürzlich wurde berichtet, daß das Gehalt der Lagerhalterinnen im sozialdemokratischen Konsumverein zu Kottbus von 75 auf 60 Mk. und das Gehalt für die Lehrlingmädchen von 25 auf 15 Mk. pro Monat herabgesetzt wurde, weil der Verein sonst nicht bestehen könne. Wieder ein Beitrag zu der altbekannten Tatsache, daß „Genossen“ die denkbar unerfreulichsten Arbeitgeber sind. Was sollen wohl arme Lehrlingmädchen mit einem Monatslohn von 15 Mk. anfangen?

Diese Frage zu lösen wäre jedenfalls eine dankbare Aufgabe für die rote Frauenkonferenz in Mannheim gewesen. Zwischen rot. Theorie und Praxis gähnt eine tiefe Kluft.

Hirsch-Duncker'sche Heuchelei.

Der „Regulator“, Organ der Hirsch-Duncker'schen Metallarbeiter und Maschinenbauer, bringt in Nr. 41 vom 12. Oktober, einen wuschnaubenden Artikel, der sich in der Hauptsache gegen meine Person richtet. Ich soll „wieder einmal“ frech gelogen haben. Das ist nun durchaus nicht der Fall. Das Prädikat „wieder einmal frech gelogen“ zu haben, muß ich dankend an die Inspiratoren des Regulator abtreten. Was liegt nun vor? In Niederjöhnweide, im Lokal Haffelweide, fand am Sonntag, den 16. Sept. 1906, morgens 11 Uhr, eine Betriebsversammlung der Arbeiter des Kupferwalzwerks und der Kupferdrahtzieherei des Kabelwerks Oberjöhnweide bei Berlin statt.

Als Referent trat in der Versammlung ein Sozialistenführer Behrenbeck auf. Geredet wurde über das Thema: Die Arbeit als Förderer der Kultur. Der Vortrag war direkt antichristlich. Meine Wenigkeit trat dem Redner entschieden entgegen.

In der Diskussion trat unter anderen der Lokalbeamte Weik des S.-D. Gewerksvereins aus Oberjöhnweide auf und erklärte unter anderem folgendes: „Früher habe das Kirchtum durch Frömmelerei die Menschen ausgebeutet. Auch heute noch seien in Deutschland die Kirchen die Störpione und Blutsauger des Volkes. Ein höheres Wesen gebe es nicht. Der Mensch jüze auf Erden und sei das höchste Wesen. Eine christliche Wahrheit kenne er nicht. Christliche Wahrheit sei, was der Esel zum Markte trage.“

Der letzte Satz ist, obichon auch niedergeschrieben, bisher nicht veröffentlicht worden. Nachdem der Herr Weik so dem krassen Atheismus an Stelle sonst immer geheuchelten Neutralität Ausdruck gab, stellte ich an ihn die Frage: wenn die Weltanschauung der Sozialisten und Hirsch-Duncker eine einheitliche sei, wenn gemäß dieser materialistischen Weltanschauung die wirtschaftliche Verhältnisse den Untergrund böten für die Normierung des Rechts, Sittlichkeit und Politik, was denn eigentlich die Hirsch-Duncker von den Sozialisten trenne? Ein unüberbrückbarer Trennungsgrund wie der zwischen den christlichen und sozialistischen Verbänden, durch zwei entgegengesetzte Weltanschauungen existiere somit für die S.-D. Gewerksvereine nicht. Somit könnten sie auch nicht als existenzberechtigte Sondergruppe betrachtet werden. Wertvoll sei das offene atheistische Auftreten des Herrn Weik und seien seine diesbezüglichen Äußerungen registriert. Weik ersuchte dann im Vorgefühl der Folgen, die seine Worte nach sich ziehen würden, wahrheitsgetreu zu berichten. Ich habe ihm darauf öffentlich sofort die veröffentlichten, jetzt vom Generalrat in Abrede gestellten Äußerungen vorgelesen. In der Versammlung hat weder Weik noch sonst jemand die Tatsache, daß Weik sich genau so geäußert hatte, bestritten.

Wo sitzen nun die Heuchler, wo die frechen Sügner? U. U. w. g.

Ein weiterer Beitrag zu diesem Kapitel dürfte hier Anschluß finden. Am 7. Oktober fand in Graubenz im evangelischen Vereinshaus eine Versammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes statt.

Nach einem Referat sprach der S.-D. Gewerksvereinsbeamte Frohrat aus Elbing. Frohrat, der auf demselben Standpunkt wie Herr Weik steht, sagte kurz: „Mag jeder von Religion und Christentum halten was er will; für mich existiert solches nicht.“ Auch ein S.-D. Beamter. Was sagt der Generalrat dazu? — Im übrigen lehne ich es ab, in den Schimpftun des „Regulator“ zu verfallen. Wer schimpft hat Unrecht. Daß der Generalrat nicht gut auf meine Wenigkeit zu sprechen ist, ist erklärlich, wenn man berücksichtigt, daß ich zur Zusammentragung des Materials, für die Christentumsfeindlichkeit der Hirsch-Duncker wesentlich beigetragen habe.

Die Ursache, weshalb die S.-D. Gewerksvereinsbeamten sich öfter solche, dem Generalrat so unliebamen Blüten geben, ist die, weil die sogenannten „fundamentalen Grundsätze“, fundamentaler Schwindel sind. Niemand kann eben aus seiner Haut heraus. S. Minter.

Für die Zollerhöhung gestimmt

hat zur Zeit die Freisinnige Volkspartei, welcher auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereinsführer Dr. Max Hirsch und Goldschmidt, als Abgeordnete im „Landtag“ angehörten. Dr. Max Hirsch ist inzwischen gestorben. Ueber das Verhalten Dr. Hirschs und Goldschmidts schrieb der Hirsch-Duncker'sche „Gewerksvereinsbote“ in Nr. 50 vom 12. Dezember 1902 folgendes:

... der Freisinn kippte um und leistete der Zollmehrheit Handlangerdienste. Da mußte der Zentralrat mit seinen Beamten ein Wortchen reden. Nun haben unsere beiden Beamten, die Abgeordnete der freisinnigen Partei sind, sich mit der Partei einverstanden erklärt. — Unter diesen Umständen kann Herr Dr. Max Hirsch und Herr Goldschmidt entweder nicht mehr Gewerksvereinsbeamter sein oder nicht mehr Freisinnige. Man hat hier das Gewerksvereinsinteresse dem Parteinteresse entgegen gesetzt.“

Es ist also eine offenkundige, durch die eigenen Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereinsorgane bewiesene Tatsache, daß die betr. Gewerksvereinsbeamten für die Zölle waren.

Dies hat nun Minter in Spandau in einer öffentlichen Versammlung dem Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereinsführer Schumacher aus Berlin entgegengehalten, als dieser die christlichen Gewerkschaften für die Verteuerung der Lebensmittel verantwortlich zu machen suchte.

Nun erscheint im „Regulator“, Hirschorgan, vom 12. Oktober 1906, unter dem Titel: „der wahrheitsliebende Minter“ ein Artikel, der das Vorgehen Dr. Max Hirsch und Goldschmidts in dieser Sache zu leugnen sucht, und Minter der frechen Lüge die Hälfte bezichtigt.

Wenn etwas, dann beweist das Hirschorgan durch diese Leistung, daß Verleumdung, Lug und Trug gangbare Waffen der Hirschführer sind. Heute leugnen sie dreist, was sie vor einigen Jahren selbst geschrieben haben.

Der Streik auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“ beendet.

Nachen, 18. Oktober.

In einer von 2000 Berionen besuchten Versammlung der Streikenden wurde mit Zweidrittel Mehrheit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Die Direktion gibt auf Grund einer mit der Lohnkommission der Arbeiter gehaltenen Unterredung offiziell folgendes bekannt: Die Arbeiter teilten mit, daß sie von der Arbeiterschaft ermächtigt seien, zu erklären, daß sie sich nun mehr auf den Boden des Anschlages der Hütte vom 2. August gestellt haben und demgemäß alle Lohnforderungen zurückziehen und die Arbeit so bald als möglich aufzunehmen wünschen. Daraufhin erklärte seinerseits der Vorstand, daß er an den in dem gleichen Anschlage vom 2. August gemachten Zugeständnissen festhalte, daß er außerdem bei Wiedereinstellung der Arbeiter von der zuerst geforderten ärztlichen Untersuchung absehen wolle und daß er endlich nach Wiederaufnahme der Arbeit die vier gegenwärtigen Arbeitervertreter weiter empfangen wolle, um alle kleineren Wünsche der Arbeiter entgegenzunehmen. Die Wiederaufnahme der Arbeit wird in der Weise erfolgen, daß zuerst das Ofen-, Walz- und Maschinenpersonal das Walzwerk selbst zur Annahme vorstellt. Sobald es dann feststeht, daß der Walzwerkbetrieb den vollen Betrieb aufnehmen kann, werden die übrigen Abteilungen aufgenommen, und zwar so rasch als dies tunlich erscheint. Alle Arbeiter, mit Ausnahme von vier werden wieder eingestellt, falls sie sich innerhalb der nächsten acht Tage zur Wiederaufnahme der Arbeit melden.

Daß der Kampf diesen Ausgang nehmen würde, konnte keinen Augenblick zweifelhaft sein, umso mehr, da die Hirsch-Dunderischen Führer zu Anfang des Kampfes geradezu bodenlose Dummheiten begingen.

Meinte doch der Ortsbeamte Hartmann in einer dem Kampf vorhergegangenen Versammlung: Wenn die Arbeiter einmal 8 oder 14 Tagen gestreikt hätten, sollten sie ruhig wieder anfangen zu arbeiten, da sie doch die wirtschaftliche Schwächeren seien; damit mußte ja die Direktion schon im voraus, daß sie auf keinen langen Widerstand zu rechnen brauchte. Auch war es den Hirsch-Dunderischen Führern nicht um eine Lohnforderung, sondern nur um Mitgliederzugang zu tun. Ja, sie hatten bestimmt, darauf gerechnet, daß die Arbeiter gar nicht den Mut zum Streik haben würden.

Die Herren machten deshalb außerordentlich lange und verdrehte Gesichter, als sich die Majorität für den Streik erklärte und einer fastelte dem anderen zu: „nein, das hätte ich nicht erwartet.“

Die Arbeiter des Hüttenwerkes Rote Erde können sich jetzt bei den Hirsch-Dunderischen bedanken, wenn ihr achtwöchentlicher Kampf ohne Erfolg verlaufen ist, denn die kleinen Zugeständnisse hatte die Direktion schon vor dem Streik gewährt, ist also nicht als Erfolg des Streiks zu betrachten.

Auch das fortwährende Drängen und Abstimmenlassen der Hirsch-Dunderischen Führer um Wiederaufnahme der Arbeit, mußte die Hüttenleitung von vornherein von ihrem Widerstande bestärken.

Daß man mit großen Hüttenwerken nicht spielt, wie mit kleinen Innungsmeistern, sollten die Hirsch-Dunderischen Führer auch schon vorher wissen, umso mehr, als ihre Organisation schon das „Schwabenalter“ erreicht hat.

Die Vorbedingungen, um dauernd den Kampf mit den großen Hüttenwerken aufzunehmen, müssen erst ganz andere werden, als sie noch heute sind. Wenn die Arbeiter zum größten Teil zuerst im letzten Momente des Kampfes der Organisation beitreten, nicht für große finanziellen Mittel gesorgt haben, dann werden die Streiks mit den großen Werken immer verloren sein. Mit dieser Tatsache muß ein für allemal gerechnet werden, hier kann kein Betrüben oder Vogelstraußpolitik helfen.

Die soziald. Presse, der „Vorwärts“, knüpft an den Abbruch des Kampfes u. a. folgende Bemerkungen:

„Der Abbruch des Kampfes war notwendig, weil der Gewerkeverein (Hirsch-Dunder, D. Red.) unter der Hand seine Leute bearbeitete und dadurch die Einheit der Bewegung gefährdete. Bereits vor 14 Tagen, als die Hüttenleitung ihre Bedingungen dik-

tierte, bog sich den Leitern des Gewerkevereins das Rückgrat wie Gummi. Gleichauf vom Generatrat hielt seinen Mitgliedern eine Grabrede und machte sie durch eine geheime Abstimmung für den Abbruch des Kampfes zu gewinnen. Der Versuch mißlang. An der Abstimmung beteiligten sich von etwa 2600 Streikenden und Ausgesperrten etwa 1500. Von 1417 Gewerkevereinsmitgliedern stimmten 856 für Fortsetzung, 127 für Abbruch des Kampfes; von 700 „christlich“ Organisierten stimmten 508 gegen, 11 für, und von 237 Mitgliedern des freien Verbandes 174 gegen, und 4 für die Beendigung. Die Grabrede hatte ihre Wirkung verfehlt. Gleichauf dampfte nach Berlin und dort beschloß der Generatrat, daß der Kampf abzubrechen sei. Die „Hirsche“ mißlernten in Nachen weiter, ließen durch ihre Getreuen unter den Streikenden Listen zirkulieren, in welche diejenigen einzeichnen sollten, welche gern die Arbeit aufnahmen. Damit war Mißtrauen in die bisher musterhaften Reihen der Streikenden gesät; das Vertrauen zur eigenen Kraft begann zu weichen. Dazu kam, daß der Gewerkeverein seine Leute nur mit ganz geringen Unterstühtungen abspießte. Ein weiterer Uebelstand machte sich in Pressemittellungen liberaler und freisinniger Blätter bemerkbar. Zwar gelang es durch die Marmuse der „Rheinischen Zeitung“, das drohende Durcheinander zu verhüten, aber bei dem Stand der Sache bei den Gewerkevereinsmitgliedern wurde eine Fortsetzung des Kampfes, welcher die Hütte entweder zur Nachgiebigkeit zwingen mußte, oder sie auf lange Zeit hinaus in die schwierigsten Verlegenheiten brachte, unmöglich.“

Daß die „Pressemittellungen“ in liberaler und freisinniger Blätter nur von Hirsch-Dunderseite finanziert wurden, steht für uns außer Zweifel, wenn es daselbst auch abzuleugnen versucht wird.

Nachdem dann im Vormärz die „großen“ Unterstühtungen im freien Verband (bei ihren paar beteiligten Mitgliedern über den grünen Klee gelobt dem christlichen Verband so nebenbei auch ein kleiner Hieb zu geben, versucht wird, heißt es:

Anders bei den Hirsch-Dunderischen. Da war Schmalhans schon längst Küchenmeister. Der Generatrat hielt die Hand auf dem Sacke. Dort Lohnkämpfer zu führen, wo es eventuell einen ordentlichen Hoppen kostet, sind die Herren nicht gewillt; sie müssen trotz ihres Schwabenalters noch erst lernen, wie gekämpft werden muß. Angeichts dieser Sachlage verdient das Verhalten der Hüttenleute alle Anerkennung. Sie haben sich zwei Monate tapfer gehalten und gehen ungebrochen wieder hinein. Die Notwendigkeit, unter diesen Umständen den Kampf abzubrechen, wurde von der Lohnkommission einstimmig anerkannt. Sie ersuchte die Direktion um erneute Verhandlungen und hat diese mit ihr am Mittwoch in fünfständigen Verhandlungen zu Ende geführt. Zum Schluß heißt es:

Damit ist der schwere Kampf vorab zu Ende; aber seine Nachwehen werden sich zeigen in einer mächtig gestiegenen Erkenntnis der Hüttenarbeiter von ihrer Klassenlage. Die Tausende, die den Kampf führten, haben erkannt und werden noch viel mehr erkennen, daß der wirtschaftliche Kampf ein starkes Rückgrat in der Gesetzgebung haben muß, und diese Erkenntnis wird sie unabänderlich zum großen Heerlager ihrer Klassengenossen, zur Sozialdemokratie, führen.“

Wir hoffen im Gegenteil, daß den Nacheren Hüttenarbeitern jetzt die Augen aufgegangen sein werden, und sie zur Erkenntnis kommen, daß weder bei der Sozialdemokratie noch bei den Hirsch-Dunder ihr Platz ist, sondern einzig und allein im christlichen Metallarbeiterverband, der bis heute mehr und besser die Interessen der Hüttenarbeiter vertreten hat als jeder andere Verband.

Zur Geschichte des Kampfes auf Rote Erde wird uns noch geschrieben:

Der mit so großem Tamtam vom Hirsch-Dunderischen Gewerkeverein inszenierte Streik auf dem Hüttenwerk Rote Erde hat ohne Erfolg sein Ende erreicht. Wenn wir auf den Ursprung der Bewegung und seine Inszenierung zurückblicken, so war voranzusehen, daß der Streik verloren gehen mußte. Durch den scheinbaren Erfolg der Stahlwerksarbeiter im Frühjahr war dem Herrn Hartmann, Beamten des Gewerkevereins der Kamn geschwollen, und er glaubte nun, das Hüttenwerk Rote Erde aus den Angeln zu heben. Die Führung, worauf die Gewerkevereinsler, Hirsch-Dunder, so mächtig gepaukt haben, in diesem Kampfe zu besitzen, wollten sie am Schluß sehr gern abgeben.

Die Agitationsweise des Herrn Hartmann, Beamter der Hirsch-Dunder, muß hier einmal besonders beleuchtet werden und ein jeder wird dann sehen, daß es ihm nicht darum zu tun war, die

Lage der Arbeiter zu verbessern, als vielmehr die Agitationsweise zu treiben; dann auch der lange Kampf ohne Erfolg. Schon die Auffstellung der Forderungen war ein reinste Aktion; wer am meisten verlangte, das war der beste Mann. Von einem ruhigen Ueberlegen konnte keine Rede sein, denn es regnete nur so Forderungen. Durch die steten Forderungen wurde der Mut des Herrn Hartmann noch mehr gestärkt und er glaubte nun bestimmt, mit der Hütte den Kampf wagen zu sollen. Er versprach zunächst den Leuten: wenn ihr im Gewerkeverein sechs Wochen organisiert seid, dann seid ihr bezugsberechtigt. Er jagte aber nicht, daß dann nur die Hälfte der Unterstühtung gezahlt würde. Darum war auch die Enttäuschung um so größer, als die kleinen Unterstühtungen in Empfang genommen wurden.

Wir wollen, wie gesagt, zunächst einmal die Agitationsweise und Taktik des Herrn Hartmanns etwas näher beleuchten und jeder wird einsehen, daß mit den Arbeitern ein frivolos Spiel getrieben worden ist. Sich berufend auf den Streik der Stahlwerksarbeiter ermunterte Herr Hartmann die Leute beständig: Leute, seid doch nicht so ängstlich, die Hütte läßt es gar nicht auf einen Streik ankommen! oder: der Streik dauert noch keine 14 Tage, höchstens 3 Tage, dann muß die Hütte nachgeben oder: wenn wir 14 Tage gestreikt haben und können nichts erreichen, dann gehen wir wieder arbeiten, denn wir sind die wirtschaftlich Schwächeren.

Sind solche Führer denn wirklich noch als Führer zu betrachten, welcher schon vor dem Kampfe den Schlachtplan verrät? Die Direktion müßte doch fürchtlich gewesen sein, wenn sie unter diesen Umständen den Kampf nicht aufgenommen hätte. Welcher Führer wird auch seinem Gegner verraten, wie lange er zu kämpfen gedenkt? Das kann, nur ein Hartmann. Als er von dem Vertreter unseres Verbandes auf sein Vorgehen aufmerksam gemacht wurde, meinte Hartmann noch ganz naiv: Seid doch nicht so ängstlich und macht doch die Leute nicht losprechen, es kommt ja doch nicht zum Kampfe. Aber es sollte doch ohne den Willen des Herrn Hartmann zum Kampfe kommen. Da er seine Leute so radikal erzogen, hatte er auch die Führung darüber verloren. Im weiteren Verlauf der Bewegung kam es nach den vielen Besprechungen zur Einreichung der Kündigung. Dieselbe wurde am 1. August eingereicht, und es scheint nun doch damals schon der Mut des Herrn Hartmann tief gesunken zu sein. Nach den Abmachungen der Organisationsvertreter sollte jetzt keiner etwas ohne den anderen unternehmen. Hieran fürte sich jedoch die Leitung des Gewerkevereins nicht, sondern während der Kündigungszeit versuchte Herr Trabert vom Gewerkeverein bei der Direktion des Hüttenwerkes etwas herauszudrängen. Seitens der Direktion ist Herr Trabert auch empfangen, aber mit dem Bemerkten abgemiesen worden, es brauche kein Herr von Berlin zu kommen, um zwischen Direktion und Arbeitern zu verhandeln.

Hier trat schon gleich die schofele Handlungsweise der Hirsch-Dunderischen zutage. Von unjerm Kollegen Ares zur Rede gestellt, erklärte Hartmann frei heraus, es sei gelogen, vom Gewerkeverein sei keiner bei der Direktion gewesen. Aber am selbigen Tage ereichte ihn schon das Geschick. Als der Vertreter des deutschen Metallarbeitervereins ihn nachmittags nochmals zur Rede stellte, mußte Hartmann zugeben, daß doch Herr Trabert bei der Direktion gewesen sei. Ueber diese Handlungsweise wurde ihm von seinen eigenen Mitgliedern eine berbe Zurechtweisung zuteil.

Ob die Kündigungszeit zu Ende war, wurde auf Antrag Hartmann nochmals eine geheime Abstimmung vorgenommen, ob die Arbeiter in den Streik treten sollte oder nicht. Bei dieser Abstimmung welche am 14. und 15. August stattfand, kam folgendes Resultat heraus: 586 stimmten für den Streik und 61 dagegen. Nach dieser Abstimmung konnten Hartmann und Biegler sagen: Von dieser Abstimmung sind wir enttäuscht, das hätten wir nicht erwartet! Jedenfalls hatten die Herren damit gerechnet, daß die Christlichen nicht mitmachen würden; denn noch eine Anzahl Nichtorganisierten und die Christlichen, hieß es dann, wollen nicht mitmachen. Als dieses nun nicht eintrat, war die Enttäuschung um so größer, und der gefuchte Prügelriß war nicht gefunden. Wie schwer dieser Streik dem Gewerkeverein aber auf dem Magen lag, geht schon daraus hervor, daß in der ersten Zeit beständig 4 Beamten in Nachen anwesend waren, um nur ja bei der Hand zu sein, ihren Mitgliedern einen großen Erfolg vorzuschiekeln, wenn die Direktion nur eine Kleinigkeit zugestanden hätte, was jedoch bis heute nicht erfolgt ist.

Daß es mit der Unterstühtung der neuen Mitglieder des Gewerkevereins nicht weit her war, geht daraus hervor, daß die Beamten desselben schon in den ersten Tagen der Bewegung haarsträubend, Sammellisten herauszugeben, trotzdem zwischen den einzelnen Organisationsvertretern vereinbart war, keine Sammellisten herauszugeben. Herr Trabert konnte

in den ersten Tagen des Streiks aber doch erklären: Wir dürfen keine Sammellisten herausgeben, dadurch zeigen wir eine Schwäche der Direktion gegenüber. Herr Trubert reiste ab und am nächsten Tage kam der Antrag, Sammellisten herauszugeben, was von den anderen Organisationen abgelehnt wurde. Dieses Thema Sammellisten wurde nun fast jeden Tag behandelt und als es immer wieder abgelehnt wurde, erklärte Hartmann am 20. September: Wir haben die Majorität, wir lassen uns von Euch nicht zurückhalten, wir geben Sammellisten heraus! Als dem Hartmann nun bezeugt wurde, er möge seine Mitglieder mit einer Extrastener belegen, konnte er erklären: dann gehen die Mitglieder laufen! Ein großer Beweis für die Solidarität der Gewerksvereiner untereinander. Trotz der Herausgabe der Sammellisten war die Unterstützung der neuen Mitglieder eine schlechte, sodass wir konstatieren konnten, daß einem Mitgliede des Gewerksvereins innerhalb acht Wochen des Streiks 16 Mark Unterstützung gezahlt wurden. Trotz dieses Beweises konnte Hartmann pathetisch ausrufen: Wir unterstützen unsere Mitglieder so gut, wie jede andere Organisation! Dieses glaubte er damit zu beweisen, daß er die Unterstützungsfälle in der „Machener Post“ veröffentlichte und dann noch nebenbei über 1000 Mk. als Extraauszahlung bezeichnete. Eine großartige Extraauszahlung! 1318 Mitglieder angegeben, acht Wochen gestreikt und jeder rechne sich aus wie großartig die Mitglieder dadurch aufgebeffert waren. 1000 Mk. Extraauszahlung, wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr! Dagegen hat der christlich-soziale Metallarbeiterverband seine neuen Mitglieder bedeutend besser unterstützt. Die Nichtbezugsberechtigten erhielten: die Verheirateten 9 Mk., die Unverheirateten 6 Mk. pro Woche. Eine ganz andere Leistung, als 16 Mk. in acht Wochen.

Die streikenden Arbeiter des Hüttenwerks werden jetzt am besten in der Lage sein zu urteilen, welcher Organisation sie sich in der Zukunft zuwenden sollen. Einer Organisation, die mit ihren großen Kassen prahlt und wie in diesem Falle doch nichts leistet, oder einer Organisation, die den Beweis erbracht hat, daß sie es ehrlich meint mit den Arbeitern aber auch Unterstützung ihren Mitgliedern zahlt! Darum, ihr christlichen Arbeiter, hinein in den christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband!

**Zum Streit auf dem Eisenwerk
Kaiserslautern.**

Der preussische Polizeigeist scheint nun auch in unsere bayerische Pfalz übertragen zu werden. Einem streikenden Kollegen, der einen Arbeitswilligen mit den Worten anhielt: „Schämst du dich nicht, in die Arbeit hinein zu gehen,“ wurde eine Anklageschrift zugestellt, sich wegen Vergehens gegen Paragraph 153 der R. V. D. vor dem Schöffengericht zu verantworten. Am interessantesten ist bei dieser Sache daß der so schwer beleidigte arbeitswillige Kollege vor Ausbruch des Streikes einer der Hauptführer und Schreier war. Unser angeklagter Kollege wurde zu drei Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil soll Berufung eingelegt werden.

So weit sind wir also auch schon in unserer bayerischen Pfalz gekommen, wo wir bisher Gott sei dank noch wenig über Schwierigkeiten seitens der Behörden zu klagen hatten. Mit einem solchen System kann nur Unzufriedenheit hervorgerufen und der Sozialdemokratie der Boden bereitet werden. Urteile wie vorstehendes sind nur allzugesiegt, bei den denkenden Arbeitern das Gefühl zu erwecken, als ob die lieben Arbeitswilligen und damit indirekt auch die Unternehmer sich eines besonderen Schutzes erfreuten, während die um ihr gutes Recht kämpfenden Arbeiter die ganze Strenge der Gesetze spüren müssen. Zur Stärkung des monarchischen Gedankens kann dieses aber wohl kaum beitragen.

(Nam. der Red. Schon wiederholt sind unsere Kollegen, die in Kämpfe verwickelt werden, dringend ermahnt worden, gegenüber den Arbeitswilligen die größte Vorsicht und Ruhe an den Tag zu legen. Dieber ein Wort zu wenig als eins zu viel gesagt. Tatsache bleibt ja auch, daß der Erfolg oder Mißerfolg eines Kampfes nicht davon abhängt, ob sich ein paar Verräter an der eigenen Sache mehr oder weniger dem Unternehmer ausliefern.

Ein Erfolg in Oberschlesien.

Die Bewegung bei der Firma Gerdes, Armaturenfabrik und Phosphorbronzegießerei in Kattowitz ist mit einer 10prozentigen Lohnerhöhung beendet.

Ueber diesen schönen Erfolg wurde in einer Werkstattbesprechung am 14. Oktober Bericht erstattet. Leider zeigte sich bei dieser Gelegenheit wieder, daß manche unserer Kollegen es nicht einmal für notwendig halten, derartige Versammlungen zu besuchen. Fast erwartet es den Aufsehern, als hätten die Kollegen, nachdem ein derartiger Erfolg errungen ist, nicht mehr notwendig, sich weiter um ihre Organisation zu kümmern.

Von unserem Kollegen Burschke wurde besonders betont, daß die Kollegen nur dann das Errungene auch halten können, wenn sie treu zum Verbandsbleiben. Die Anwesenden gaben sich einstimmig mit dem Erreichten zufrieden, so konnte diese Bewegung für beendet erklärt werden. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß die Kollegen mehr wie bisher für den christlichen Metallarbeiterverband eintreten und agitieren, damit unsere Reihen sich vergrößern, bis der letzte Metallarbeiter unsere Sache vertritt. Erkenn wir den Wert der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr, schließen wir uns zusammen, Metallarbeiter Oberschlesiens, dann werden wir noch manch schönen Erfolg für die Kollegen erringen.

Darum, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

**Die Arbeitervertreterwahlen
zum Reichsversicherungsamt**

haben, wie wir schon kurz berichteten, in der Gruppe Landwirtschaft mit einem Sieg der christlich-nationalen Liste geendet, während die gewerbliche Gruppe von der soziald. Richtung behauptet wurde. Im ganzen wurden, wie das „Reich“-Berlin berichtet, auf die christlich-nationalen Listen 4385 238 Stimmen abgegeben. Bei den gewerblichen Versicherungen bewegt sich die Stimmenzahl zwischen 2480 879 und 2474 243 und bei den landwirtschaftlichen Versicherungen zwischen 1904 359 und 1854 822.

Durch den Sieg in der letzteren Gruppe ist die bisherige soziald. Alleinhererschaft am Reichsversicherungsamt gebrochen. Die rote Presse vergießt dieserhalb auch Krokodilsstränen und spricht von einem ungünstigen Ergebnis für die „freien“ Gewerkschaften. Unerkannt wird, daß „außerordentlich rege“ Eingreifen der christl. Gewerkschaften. Weiter wird von einer „beachtlichen Gegenagitation“ geschrieben, obgleich z. B. der Wahlen von derselben Seite, z. B. im „Korrespondenzblatt“ in der unständigsten Weise gegen die christliche Gegenliste geschimpft und gepölkert wurde. Durch eine systematische Beteiligung bei allen sozialen Wahlen wird die christliche Arbeiterschaft noch weitere Positionen zu erobern im Stande sein.

**Der Bund der Industriellen
Deutschlands**

hielt am 15. Oktober in Berlin seine Generalversammlung ab, zu der auch ein Regierungsvertreter erschienen war. Anwesend waren auch die Vertreter der zweiten größten Unternehmervereinigung, nämlich die Scharfmacher Dr. Buel und Dr. Leidig vom Zentralverband deutscher Industrieller. Die Generalversammlung erklärte sich mit dem Gedanken der Einführung eines allgemeinen deutschen Industrietages einverstanden, als ein Mittel, der Gesamtheit der Industrie eine zentrale Vertretung zu schaffen und die dringend notwendige Einigung aller Industriekreise zu vollziehen. Mehr Interesse für uns Arbeiter hat ein weiterer Beschluß der versammelten Unternehmer bezüglich der Versicherung gegen Streiks.

Nach einem Referat Grabenstedt-Berlin, eines Spezialisten auf diesem Gebiet, wurde einstimmig die „Errichtung einer Streikversicherung für Norddeutschland und diejenigen Industriellen beschlossen, welche den Anschluß an eine Streikversicherung durch einen bestehenden Arbeitgeberverband oder bestehende Verversicherer nicht finden können, in die Wege zu leiten, und ermächtigt den Vorstand, die Unterlagen hierfür auszuarbeiten.“

Die streng organisierten Unternehmer rüsten unablässig zum Kampf gegen die Arbeiterschaft. Metall- und Hüttenarbeiter, zwei desgleichen!

**Eine Tagungsversammlung mit „Berliner“
Hintergrund.**

In Nr. 41 vom 14. Oktober bringt der „Berliner“ Arbeiter einen längeren Artikel unter der

Überschrift „Aus den Verbandsbezirken“ aus Elbtal über eine dort stattgefundene Versammlung der christlichen Gewerkschaften, worin die ganze Unchristlichkeit der Berliner Richtung wiederum kraß zum Ausdruck kommt. In dem von Unwahrheit und Verdrehung strotzenden Artikel soll abgesehen von der Kampfesweise der christlichen Gewerkschaften gegen die Unschuldigen insonderheit nachgewiesen werden, zu welchen Zwecken die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre die Arbeiter in Aufregung brachten und Lohnbewegung inszenierten, nämlich um die „Fachabteilungen“ zu vernichten.

Wie traurig muß es um die Sache der „Berliner Fachabteilungen“ bestellt sein, daß man so, wie in diesem Bericht geschehen, mit der Wahrheit Schindluder treibt.

Um der Öffentlichkeit ein wahrheitsgetreues Bild über die Versammlung zu geben, sehen wir uns genötigt, einen längeren Bericht darüber wiederzugeben.

Die christlichen Gewerkschaften hielten am Sonnabend den 6. Okt. eine Versammlung mit der Tagesordnung ab: 1. Was erstreben die christlichen Gewerkschaften für die Arbeiterklasse und was trennt dieselben von anderen Organisationen? Referent: Sekretär des christlich-sozialen Metallarbeiter-Verbandes Winter-Berlin. 2. Diskussion.

Der Leiter der Versammlung begrüßte einleitend die erschienenen Vertreter der katholischen und evangelischen Geistlichkeit, gleichzeitig dem Ersuchen Ausdruck gebend, in ihren Arbeitervereinen für die christliche Gewerkschaftsbewegung einzutreten zu wollen. Kollege Winter schilderte in seinem trefflichen Vortrag zunächst eingehend unsere heutige Entwicklung, daraus die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation beweisend und dann in ebenso ruhiger Weise unsere Stellung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften als auch katholischer Fachabteilungen. Den letzteren widmete er längere Ausführungen, in der er die Unhaltbarkeit der „Berliner Lehre“ nachwies und das Treiben in manchen Fachabteilungen als auch deren Sekretäre beleuchtete.

Während des Referates machte sich ein ange-trunkenes Mitglied der Fachabteilung durch störende Zwischenrufe sehr unliebsam bemerkbar; vom Vorsitzenden verschiedene Male aufgefordert, das Lokal zu verlassen, mußte derselbe unter zu Hülfenahme des überwachenden Beamten schließlich aus dem Lokal befördert werden.

Der erste Diskussionsredner, der sozialdemokratische Kartellvorsitzende und Stadtverordnete A. Gehrmann wußte weiter nichts zu sagen als: „Der Oberchrist Koch“ habe im Königsberger Bauarbeiterstreik die Arbeiter zersplittert, und dadurch den Streik verpöckelt. Kollege Koch aus Danzig, der anwesend war, konnte dem roten Redner das Unwahre seiner Behauptung sofort beweisen, indem er nachwies, daß er 1904 während des Königsberger-Maurerstreiks seinen Wohnsitz noch in Hannover hatte und denselben erst 1905 nach Danzig verlegte. So lügen die Genossen in öffentlichen Versammlungen. Der nächste Redner, Herr Kaplan Schwarz vom katholischen Arbeiterverein führte aus, es sei unmöglich, daß kath. und evangelische Arbeiter sich zusammen organisieren könnten und befürwortete das allbekannte: „getrennt marschieren und vereint schlagen.“ Der Berliner Arbeitersekretär Nitsch, der sich dem Vorredner angeschlossen und die Unmöglichkeit der christlichen Gewerkschaften noch zu begründen versuchte.

Der von Köln bekannte sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionär Trilke, meinte: „Wir als freie Gewerkschaftler stehen dem Bruderkampf zwischen christlichen Gewerkschaften und kath. Fachabteilungen mit beschränkten Armen gegenüber, werden aber dafür sorgen daß wir nicht zu kurz dabei kommen.“ Vom ersten Teil des Referates behauptete Redner, daß er nicht im Stande wäre, ein besseres Referat zu halten. Nur der zweite Teil könne ihm nicht gefallen. (Ja, es wäre so schön gewesen, wenn die Stellung der freien Gewerkschaften nicht beleuchtet worden wäre.) Im übrigen wußte er nur von Arbeiterzersplitterung, Arbeiterverrat und Unfähigkeit der christlichen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter zu vertreten und wie die verstückelten Ladenaüter alle heißen. Redner bestand es aber ausgezeichnet, den katholischen Fachabteilungen zu Gefallen zu reden, was dieselben, dankbar wie sie sind, mit reichlichem Beifall belohnten. Es ging ja gegen die christlichen Gewerkschaften, das genügt diesen Leuten.

Vom Vorliegenden wurde dann auch festgestellt, ohne irgendwelchen Widerspruch zu finden, daß die Mitglieder der katholischen Fachabteilung die Ausführungen Trilkes, wonach die freien Gewerkschaften dafür sorgen würden, daß sie bei dem Bruderkampf nicht zu kurz kämen, durch ihr Verhalten in vollem Maße bestätigt hätten. Dann erinnert er Trilke an seinen Arbeiterverrat in Kölner Schneidergewerbe. (Geheimvertrag.) Kollege Koch aus Danzig wies den Vorwurf die christlichen Gewerkschaften seien Streikbrecher-Organisationen, an der Hand von reichhaltigem Tatsachenmaterial zurück, wobei es den Genossen grün und blau vor den Augen wurde. Auch bei den Ausführungen dieses Redners zeigte

es sich, daß es den Fachabteilungsmitgliedern sehr unangenehm war, daß die christlichen Gewerkschaften durch ihre Streiktreue gegen ungerechtfertigte Angriffe meisterlich verteidigt wurden. Sie sprangen ihren roten Freunden und Verbündeten durch Proteste zu Hilfe, wofür sie vom Leiter der Versammlung des öfteren zur Ruhe verwiesen werden mußten.

Darauf erhielt der Präses des kath. Gesellenvereins, Herr Kaplan Berger, das Wort. Er hätte sich das gleich gedacht, daß diese Versammlung den Kampf zwischen Fachabteilungen und christlichen Gewerkschaften bringen und daß die Sozialdemokratie den Nutzen davon haben würde, wie es Trisse auch ausgeführt hätte. Auf das Referat antwortete Medner, er könne es den Arbeitgebern nicht verdenken, daß dieselben ihren Vorteil wahrnehmen. (Den Arbeitern wird der Herr Präses doch auch nicht verdenken?) Wenn ein Arbeitgeber sein Vermögen einsetzt und gewinnt damit Tausende so wäre es gut, würde derselbe aber sein Vermögen verlieren, so würden die Arbeiter es demselben wohl niemals erzeihen und auch nicht erzeihen können. Wer erzieht denn dem Arbeitgeber den Verlust oder die Schädigung seines Vermögens, seiner Gesundheit und Arbeitskraft? Ferner betonte Medner, für Elbing wären seines Erachtens die Fachabteilungen vollständig genügend, im übrigen ermahnte er zum friedlichen Zusammenarbeiten der katholischen und evangelischen Arbeiter. (Wozu sie denn auseinanderreißen?)

Der Vorsitzende unterstrich diese Ermahnung und erbat sich im katholischen Arbeiterverein dieselbe Redezeit, wie sie hier den Fachabteilungsmitgliedern gewährt sei. Allseitiger Ruf der Fachabteilungsanhänger: „Niemaals!“ „Gute Berliner Toleranz und Gerechtigkeit.“

Der sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte Wende war sehr aufgebracht, daß man Trisse an seinen Arbeitererrat in Köln erinnert hatte. Er warf mit Bügnern, Verläumdern und Lumpen nur so um sich herum. Der Mann wird hoffentlich bald auf die Bildungsschule nach Berlin geschickt werden, er habe es notwendig. Den Genossen wurde jetzt der verpfuschte Holzarbeiterstreik in Elbing unter die Nase gerieben, der wegen Geldmangels in der roten Kasse unterdrückt wurde. Ferner die schmachvolle Niederlage des Klempnerstreiks bei der Firma Billig und Lemke im vorigen Jahre; ebenso die verunglückte Schmiedebewegung auf der Firma Schichau, die mit großem Tamtam inszeniert, nachher aber mit einer jammervollen Niederlage abgebrochen wurde. De- und wehmütig ließen die roten Soldaten wieder in den Betrieb, als der Unternehmer ein ernstes Gesicht aufsetzte.

Diese Feststellungen waren den roten Führern sehr unangenehm, aber bezeichnender Weise regten sich die Fachabteiler noch viel mehr darüber auf. Mittlerweile hatten die geistlichen Führer die Versammlung verlassen und nun zeigten sich die fanatisierten Fachabteiler in ihrer wahren Gestalt. Da half keine Aufforderung des Versammlungsleiters zur Ruhe und Ordnung mehr. Um die Versammlung nicht der polizeilichen Auflösung anheim fallen zu lassen, wurde dieselbe 12 1/2 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen. Was dann folgte, läßt sich schwer in Worten wiedergeben. Katholische Fachabteiler wetteiferten mit den roten Gewerkschaftlern in gemeinen Ausdrücken und Beschimpfungen der christlichen Gewerkschaften. Als der Tumult sich nicht legte, zogen sich einige christliche Gewerkschaftler mit dem Referenten sowie Kollegen noch in ein Nebenzimmer zurück. Hatten nun die Verfechter der Fachabteilungs-Idee in der Versammlung keine Waffen gegen die christlichen Gewerkschaften finden können, so glaubten sie durch Belauschen der Unterhaltung im Nebenzimmer diese Lücke auszufüllen. Was sie gerne gehört hätten, wurde aber nicht gesprochen und so mußte es eben erfunden werden. Der Berichterstatter des „Arbeiter“ (jedenfalls Herr Arbeiter-Sekretär Nitlich) zeigt hier eine erstaunliche Fertigkeit. Denn sein ganzes Geschreibsel im Arbeiter über diese Unterhaltung ist nichts als Verdrehung und Erfindung. Eine sachliche ernsthafte Widerlegung verdient dieses lügenhafte Gefasel gar nicht.

Herr Nitlich und Konsorten mögen nur so weiter arbeiten, der Dank von Trisse und Genossen wird nicht ausbleiben. Der kath. Arbeiterverein hat durch das Treiben der Berliner schon schweren Schaden gelitten. Unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung können die Herren aber weder durch ihr Auftreten noch durch unwahre Berichterstattung im „Arbeiter“ schädigen, im Gegenteil, sie nutzt uns gewaltig, weil durch sie die Unehrlichkeit der Berliner Richtung immer offensichtlicher wird. Unsere christlichen Gewerkschaften werden sich auch hier im Osten immer mehr und unaufhaltsam Bahn brechen, trotz der niedrigen unehrlichen Kampfesweise der verbündeten Fachabteiler und Sozialdemokraten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Gustkirchen. Bei der Firma Josef Mahla, Gaswagenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.

Bonn. Die Schmiedegesellen in Streik getreten. Die Schmiedemeister Bachmann und Krüge haben den vorgelegten Tarif unterschrieben. Diese Betriebe sind also nicht mehr gesperrt.

Kassel. Streik der Klempner.

Kaiserslautern. Eisenwerk Kaiserslautern ist Streik ausgebrochen.

Offenbach. Streik und Ausperrung der Glaser und Metallwarenbranche.

Köln. Bei Schlossermeister Schmülling, Hochstadtstraße 27, Differenzen. Zurückende Gesellen werden in ihrem Interesse ersucht, erst bei der Ortsverwaltung anzufragen.

Zuzug ist fernzuhalten!

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. Oktober der vierundvierzigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 28. Oktober bis 4. November 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bocholt. Die letzte Generalversammlung unseres Verbandes hat ein erfreuliches Vorwärtsschreiten konstatiert. Notwendig ist aber, daß die Kollegen ihre gewerkschaftlichen Pflichten ernst nehmen und überall recht rege an dem Verbandsleben teilnehmen. Jeder Kollege soll die Versammlungen, welche von dem Vorstand der Zahlstelle angeordnet werden, auch regelmäßig besuchen, um den gewerkschaftlichen Gedanken immer tiefer in sich zu befestigen. Bei den Kollegen von Bocholt ist es besonders notwendig, die Pflichten eines Gewerkschaftlers, welche nicht allein im Bezahlen der Verbandsbeiträge, sondern auch in der regen Teilnahme des ganzen Verbandslebens bestehen, einmal nach zu rufen. Keine Zeit ist ernster, als wie gerade die jetzige, darum muß der alte Schlandrian aus unseren Reihen verschwinden, und eine rege Mitarbeit am Ausbau der Zahlstelle eintreten. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um eine Besserung herbeizuführen. In der letzten Kartell Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, eine öffentliche Versammlung abzuhalten und dazu ist unser Kollege, Reichstagsabgeordneter Giesberts, gewonnen. Die Versammlung findet am 30. Oktober statt, jetzt ist es aber unbedingte Pflicht der Kollegen, in eine gute Vorbereitung dieser Versammlung einzutreten, damit dieselbe dem gewerkschaftlichen Gedanken neue Nahrung giebt, und uns viele neue Kollegen zuführt. Auf zur energischen Agitation für unseren Verband! Jeder muß sich für die Weiterentwicklung unserer Zahlstelle verantwortlich fühlen. Wenn alle mitarbeiten, wird der Erfolg nicht ausbleiben!

Altötting. Am Sonntag, den 7. Oktober hielten die drei christlichen Verbände Altöttings eine gemeinsame Versammlung ab, welche sehr stark besucht war. Referenten waren Kollege Kreil-München und Rechtsanwalt Dr. Gerngroß-Simbach a. d. R. Thema war: 1. Die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften um die Gleichberechtigung. 2. Die Bedeutung der christlichen Gewerkschaften für den Arbeiterstand und die Allgemeinheit. Es wurde vor allem betont, wie notwendig es ist, in der gegenwärtigen Zeit, daß sich die Arbeiter zusammenschließen in der Organisation um die Gleichberechtigung und Verbesserungen zu erzielen und Lohnreduzieren hintanzuhalten. Die Redner führten statistisches Material an, um zu beweisen, wie sehr die industrielle Entwicklung Fortschritte gemacht habe.

Im Jahre 1850 waren 38 Aktiengesellschaften mit 255,05 Millionen Mk. Kapitalien. Vom Jahre 1851—1870 253 Gesellschaften mit 851,43 Millionen Mk. 1900: 3962 Gesellschaften mit 7 Milliarden 443,49 Mill. Mk. Der Welthandel Deutschlands stieg von 660 Mill. im Jahre 1830 auf über 12 Milliarden im Jahre 1904. Durch diesen Aufschwung ist es für den Arbeiter schwer, sich selbständig zu machen, das beweist die Gewerbestatistik. 1792 waren 40 765 Meister, 26 107 Gesellen 6 891 Lehrlinge. Im Ruhrgebiet waren im Jahre 1800: 1 596 Bergleute, 1903: 271,000. Im Saarrevier 1816: 916 Bergleute, 1903: 44 073. Nach der Gewerbezahlung betrug die Zahl der Erwerbstätigen im Jahre 1882: 7 340 000, 1905: 10 269 000.

Verachtet man die Helmarbeiter und viele andere Betriebe, dann sehen wir, wie die Arbeiter um Lohnlöhnen erniedrigt sind. Darum muß jeder Arbeiter einsehen, wie töricht er handelt, wenn er sich der Organisation fernhält. Dr. Gerngroß führte noch aus, die christlichen und sozialdemokratischen Ideen vertragen sich so wenig wie Feuer und Wasser und zwar deshalb, weil sich bei letzterem 2 Fehler eingeschlichen haben, nämlich ihre sinnlose Streikmethode, ihre Koalitionsfeindschaft. Er wies darauf hin, was ein frevelhaft herausgeschworener Streik den Arbeitern für Schaden zufügt und wie die Sozialdemokraten bei Lohnforderungen vorgehen, wenn es sich handelt, den Christlichen einzuhängen, welches er in Simbach bei den Bauhandwerkern selbst miterlebt habe. Wenn wir bestehen wollen, müssen wir die kirchliche und weltliche Autorität anerkennen, freilich sind bei den Sozialdemokraten noch viele Mitläufer, die noch an einen Gott glauben, aber sie laufen mit dem großen Haufen, weil ihnen der Mut fehlt, ihre Gesinnung offen zu bekennen. Die Debatte gestaltete sich recht lebhaft, wobei die Sozis gründlich gemolchen wurden.

Recht bezeichnend für die hohe Bildungsstufe mancher Anhänger des Zukunftsstaates ist folgender Vorgang: ein roter Krakehler glaubte nämlich, seine Wut dadurch an den Christlichen kühlen zu müssen, indem er beim ersten Referat immer dazwischen redete, um dann beim zweiten Referat sich hinter die Kulissen zu begeben und seinen Dusel auszuschlafen. Eine nette Intelligenz.

Christliche Arbeiter euer Platz ist in den christlichen Gewerkschaften, nur dort könnt ihr am wirksamsten eure Interessen vertreten.

Flensburg. Unsere am 10. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung konnte der wichtigen Tagesordnung halber besser von den Kollegen besucht sein, wie es überhaupt Pflicht eines jeden Kollegen ist, pünktlich und regelmäßig zu den angeordneten Versammlungen zu erscheinen. Handelte es sich doch um wichtige Punkte, die geeignet sind, unsere Zahlstelle weiter vorwärts zu bringen und in der Opferfreudigkeit nicht hinter den anderen Zahlstellen zurückzubleiben. Sämtliche der anwesenden Kollegen erklärten sich für die Erhöhung des Lokalbeitrages, aber wir wollen auch den nicht Anwesenden Gelegenheit geben, ihre Opferfreudigkeit zu beweisen, stellten daher diesen Punkt bis zur nächsten Versammlung zurück. Da wir uns in unseren gewerkschaftlichen Aufgaben und Zielen noch weiter schulen müssen, so wurde beschlossen, mit den anderen christl. Verbänden gemeinsame Diskussionsabende abzuhalten. Jeden Freitag abend von 8—10 Uhr im Lokale des Herrn Nabe finden diese Abende jetzt regelmäßig statt. Sämtliche Kollegen werden gebeten, an denselben teilzunehmen, damit wir unser Wissen bereichern können.

Darum auf Kollegen, agitieren wir für unsere gerechte Sache, schulen wir uns, indem wir alle an diesen Abenden teilnehmen. Vergessen wir aber keineswegs, daß ein ordentlicher Gewerkschaftler auch regelmäßig an den festgesetzten Versammlungen teilnimmt, dann werden wir auch vorwärts kommen.

Fulda. Ueber die Bedeutung des ortsüblichen Tagelohnes referierte in einer gutbesuchten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung am 30. September Herr Arbeitersekretär Thelen-Offenbach an Stelle unseres verhinderten Bezirksleiters Scheerer.

Herr Thelen hob die Bedeutung des ortsüblichen Tagelohnes hervor inbezug auf Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung. Die christlichen Gewerkschaften hätten es von jeher als ihre vornehmste Aufgabe erachtet, das Los der schlechtestgestellten Arbeiter zu verbessern und dazu gehört nicht zuletzt die Erhöhung des ortsüblichen Tagelohnes. In Preußen werde alle 10 Jahre eine Revision desselben vorgenommen; dieser Zeitpunkt sei entschieden zu lang. Günstiger dagegen sind die Bestimmungen in Baden, Württemberg und Bayern. Um nun eine Besserung inbezug der Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne erfolgreich durchzuführen, sei es zunächst Aufgabe der Gewerbevereinsmitglieder und derjenigen Arbeiter, welche hier in Fulda im Stadtparlament sitzen, die Sache in die Hand zu nehmen und höheren Orten zu befürworten. Selber ist von diesen Stadtverordneten nicht viel zu erwarten, da nicht ein einziger davon soviel Standesbewußtsein hat, die kleinen Opfer für seine Berufsorganisation auf sich zu nehmen. Es wird es auch nicht möglich sein, daß dieselben Herren ernsthaft für die Interessen der arbeitenden Stände eintreten.

Es ist doch wirklich nicht logisch, wenn man andern Arbeitern das Koalitionsrecht erringen will und selbst davon keinen Gebrauch macht.

In der Diskussion sprach Kollege Röder noch über die ortsüblichen Tagelöhne in der Umgebung und konnte dabei feststellen, daß eine ganze Reihe von Gemeinden noch verhältnismäßig sehr niedrige ortsübliche Tagelöhne haben. Eine notwendige Pflicht aller Arbeiter bleibe

es deshalb, nach wie vor sich gewerkschaftlich zu organisieren und so ihre Interessen gemeinsam zum Ausdruck zu bringen. Hier hätten nur die christlichen Gewerkschaften es gezeigt, daß sie die Interessen der Arbeiter vertreten können; eine andere Richtung aber, die sich immer als die alleinige Vertreterin aufbäumte, hätte noch nichts erreicht und würde auch in Zukunft hier nichts erreichen. Auch ein Ortsleiter aus dem benachbarten Hedra, Herr von Bodelschwing, ein naher Verwandter des bekannten Herrn Pastors von Weibel bei Weiselsbach hatte die Versammlung mit seinem Besuche beehrt und ersplich ebenfalls das Wort. Vor allen Dingen freute er sich, daß die christlichen Gewerkschaften nicht dem Vandalismus huldigten, sondern daß sie durchdrungen sind vom Geiste des Christentums und des monarchischen Gedankens. Davon sei er auch heute wieder aufs Beste überzeugt worden. Es sei ihm immer erzählt worden, die christlichen Gewerkschaften hängen nur ein christliches Kärtchen um und wären im Grunde genommen, ebenso revolutionär gesinnt wie die sozialdemokratischen. Darauf habe er, um sich Klarheit zu schaffen, eine Reihe von christlichen Gewerkschaftsversammlungen besucht und habe nun herausgefunden, daß die christlichen Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie nichts gemein haben. Zum Schluß mahnte noch Herr von Bodelschwing sehr eindringlich, daß die christlichen Arbeiter doch auch ein gesundes Verständnis für die berechtigten Interessen der Landwirtschaft haben möchte, da auch der Landwirt oft mit schwierigen Verhältnissen zu kämpfen habe.

In seinem Schlußwort betonte der Referent betreffs der Ausführungen des Vorredners, die christlichen Gewerkschaften treiben keine einseitige Interessenpolitik auf Kosten anderer Stände, was aber erstrebt werden müsse, daß sei ein gerechter Ausgleich der Arbeiterinteressen, die Gleichberechtigung mit den anderen Ständen.

Hierauf wurde die anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Arbeiter von Fulda und Umgebung, möchtet ihr auch die richtige Nutzenwendung aus dieser Versammlung ziehen! Nicht in der Organisation des Klassenkampfes liegt euer Heil, die sich auch jetzt wieder bemüht, in unsere christliche Domäne einzudringen. Erfreulicherweise bis jetzt noch vergebens. Euer Heil und eure Zukunft liegt einzig und allein in den christlichen Gewerkschaften.

Es kommen jetzt wieder die Wintermonate. Während dieser Zeit soll von Seiten des Kartells eine besondere Agitation entfaltet werden; dann ist es notwendig, daß jeder mit aller Kraft einsetzt und nicht eher ruht, bis auch der letzte christlich-national gesinnte Arbeiter sich uns angeschlossen hat. Auf zur Arbeit!

Hörbe. In unserer letzten Mitgliederversammlung die von allen Kollegen besucht war, referierte Kollege B. Dothmund über die Notwendigkeit der Zentralisation des Anschlusses der kleineren Ortsgruppe an einer größeren. Aus Gründen des einheitlichen Zusammenarbeitens, der Betätigung einer eifrigen Agitation, sowie einer Vereinfachung der Kassensführung, ist der Zusammenschluß unbedingt notwendig. Nach einer eifrigen Diskussion, an der sich auch Kollegen des Christl. Maurerverbandes beteiligten, wurde der sofortige Anschluß an Dortmund und die Erhebung des 60 Pfg. Beitrages ab 1. November bei geheimer Abstimmung mit allen gegen eine Stimme beschlossen. Nun Kollegen von Hörbe, ihr habt durch diesen Beschluß bewiesen, daß ihr eurer Zeit gewachsen sind. Dem Mutigen und Opferfreudigen gehört die Welt. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. Vorwärts immer, Rückwärts nimmer.

Dortmund. Eine öffentliche Versammlung hielt unsere Ortsgruppe am Sonntag den 21. Oktober bei Abt. Referent in der gut besuchten Versammlung war Kollege S a l d e s - W o r t u m . In einem gediegenen Vortrag über die wirtschaftlichen Kämpfe in der Metallindustrie und was lernen wir Arbeiter daraus, verstand es der Redner, die Zuhörer zu fesseln. Der Erfolg war die Aufnahme einer ganzen Reihe neuer Mitglieder. Dortmund Kollegen! Auf zur eifrigen Agitation, stelle ein jeder seinen Mann und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Schwab.-Gmünd. Eine stätliche Versammlung war es, welche am Dienstag den 16. Oktober unsere Ortsgruppe abhielt. Zahlreich hatten sich die Mitglieder eingefunden, darunter auch eine große Zahl des weiblichen Geschlechts. Verbandsvorsitzender Wieber war in unserer Mitte erschienen, um uns durch einen Vortrag aufs neue zu begeistern und zu reger Arbeit anzuspornen. Einleitend hielt Kollege Müller ein kurzes Referat über die Notwendigkeit der Organisation und die Bewegung der hiesigen Edelmetallarbeiter. Verbandsvorsitzender Wieber nahm hierauf das Wort, und drückte seine Freude aus, daß die Ortsgruppe sich in letzter Zeit so gut entwickelt, vor allem, daß auch die Arbeiter

den Wert der Organisation erkannt, und in so stätlicher Zahl sich dem Verband angeschlossen haben. Die Organisation ist nicht nur etwas für die Männer, sondern auch für die Arbeiterinnen. Diesen unseren Mitarbeiterinnen möchte ich die Verpflichtung auferlegen, ihre Zahl zu vergrößern. Ich wünsche zu zeigen, zu welcher Opferwilligkeit unsere Frauen und Töchter im Stande sind. Kollege Müller hat uns die Gründe geschilbert, warum organisieren wir uns und warum drücklich. Ich möchte dazu noch einige Bemerkungen machen. Die Organisation ist nicht bloß wegen des Großbetriebs notwendig, sie ist notwendig in allen Lagen, unter allen wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Grundidee des gesamten menschlichen Zusammenarbeitens ist organisch. Die Menschheit kann ohne Organisation niemals eine Kulturstufe erreichen. Auch früher unter primitiven Staatseinrichtungen war schon die Organisation notwendig. Zur Zeit der Hausproduktion ging noch im kleinen Maßstab. Als später das Handwerk als freie Arbeit von dem Feudalsystem sich freimachte, war die Organisation da. Alles bis in das kleinste hinein war geregelt und darum waren die alten Zunftorganisationen stark. Wollte sich zuletzt die ganze Welt der Organisation entziehen, sie wird doch wieder zu ihr getrieben! Nicht deshalb, weil wir heute soviel Arbeiter haben, müssen wir uns organisieren, sondern die Organisation ist immer, uns Arbeitern des 20. Jahrhunderts doppelt notwendig. Die Frauen und Töchter sollen dafür sorgen, daß die Männer die christliche Organisation der sozialdemokratischen vorziehen. Die letzten Vorgänge haben es mit sich gebracht, daß die Blide besonders auf die christlichen Arbeiter gerichtet werden; sie spielen, führt Redner weiter aus, im Bezirk Gmünd eine ausschlaggebende Rolle seit sie in der Stärke von beinahe einem Tausend organisiert sind. In einem kleinen Gemeinwesen wie Gmünd bilden die Organisierten eine Macht. Die Erkenntnis muß sich durchringen, daß die Hebung des Arbeiterstandes nicht ein Werk von einigen Wochen ist. Im Wirtschaftsleben erobert man nichts im Sturmangriff; da kann nur die systematische Kleinarbeit zum Ziele führen. Möchten sich doch Arbeiter und Arbeitgeber bewußt bleiben, daß die Produkte auch den Arbeiter lohnen müssen. Hätten die Arbeitgeber die Organisation benützt, um die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen und hätten auch die Arbeiter das ihrige getan, dann wäre es nicht soweit gekommen, wie es jetzt steht. Wenn man sieht, daß z. B. heute schon Uhren um 3 Mk. gekauft werden können, wie müssen dann die Arbeiter bezahlt werden! Die freie Konkurrenz soll nicht so weit getrieben werden, daß zuletzt die Leute hungern müssen. Wenn für den Augenblick noch mancher Wunsch übrig bleibt, so können wir nicht alles auf einmal machen. Wir müssen uns heute das Mittel schaffen für die Zukunft, um da einzugreifen. Das Solidaritätsgefühl und die Organisation muß die Kraft für die Zukunft abgeben. Redner kommt dann auf die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu sprechen. Die Sozialdemokratie erstrebt den Atheismus, Kommunismus und Republikanismus. Redner erläutert diese drei Bestrebungen der Sozialdemokratie und hält sich besonders bei dem ersten Punkt auf. Redner versteht nicht, wie sich christliche Männer der Sozialdemokratie in die Hände werfen können.

Es handelt sich bei der großen Bewegung um die Weltanschauung, darum, ob die Unterjochung des Schwachen zur Geltung kommen soll oder die Gleichberechtigung der Menschen nach den christlichen Grundsätzen. Nur in dem ausgleichenden Rechte kann das Mittel geschaffen werden, daß alle sich wohl fühlen können. Den Unternehmern leisten wir christliche Arbeiter keine Handlangerdienste. Ich darf mir sagen, daß wir in Punkto Arbeiterinteressen uns von keinem Verbände haben übertreffen lassen. Wenn die Arbeitgeber aber sich mit uns auf dem Boden des Rechtes verständigen wollen, dann reichen wir ihnen die Hand. Gerade in dem Kampfe im Saargebiet sind wir nicht zurückgeschreckt. Andererseits ist aber auch der Streik am letzten Ende ein zweischneidiges Schwert. Bei jeder Kleinigkeit darf kein Streik gerührt werden. Kaltes Blut für die Zukunft ist die erste Grundbedingung. Redner sprach weiterhin über die Opferwilligkeit und gab dem Gedanken Ausdruck, daß die Gmünder Ortsgruppe einen freien besoldeten Kollegen haben muß. Zu dem Zweck schlug er einen Extrabeitrag vor. Eine Ortsgruppe von 1000 Mitgliedern muß in der Werbung etwas leisten können. Der unablässigen Kleinarbeit müssen wir bewußt sein. Nur wenn wir von idealer Begeisterung für unsere Sache durchdrungen sind, werden wir unser Ziel erreichen. Zum Schluß seiner anderthalbstündigen Ausführungen versprach Redner, für die Gmünder Ortsgruppe sein Möglichstes zu tun. (Starker Beifall folgte diesen Ausführungen)

Nachdem noch Kollege Kollath die Maschinenisten des freien Verbandes, besonders bei den jetzigen Wem-

gungen geschilbert, wurde seitens der Versammlung einstimmig die Erhebung eines Extrabeitrages, zur Kreisstellung eines Beamten beschlossen. Damit hatte die imposante Versammlung ihr Ende erreicht.

Mögen die Kollegen und Kolleginnen jetzt mit neuem Eifer an der weiteren Werbung von Mitgliedern mitarbeiten.

Menden. In unserer Versammlung am 7. Oktober hielt Kollege Hammer einen Vortrag über das Thema: „Kann die Industrie den Arbeitern mehr Lohn bezahlen?“ An der Hand verschiedener Jahresberichte großer Aktiengesellschaften bewies Redner, daß die deutsche Industrie in einer hochgehenden Konjunktur sich befindet, daß Bestellungen auf Bestellungen vorhanden sind. Hierbei könnten doch auch etwas für den Arbeiter abfallen, ohne daß der Industrie im geringsten dann hieraus ein Schaden entstehe. Redner führte die internationale Bohrergesellschaft an, welche im Vorjahre eine Dividende von 100 Prozent auszahlte; in diesem Jahre dagegen 400 Prozent erübrigt hatte. Die Arbeiter dagegen müssen sich jeden Pfennig erst erkämpfen, wie uns der Kampf auf dem Hüttenwerk „Kote Erde“ bei Aachen am deutlichsten beweise. Dort sind gegenüber den anderen Hüttenwerken die niedrigsten Löhne vorhanden, wobei eine Dividende von 29 Prozent im Vorjahre zur Auszahlung gekommen ist. Die Hütte hat in den letzten 11½ Jahren bei einem Aktienkapital von rund 8½ Millionen 30 Millionen an Dividenden ausbezahlt. Außerdem hat die Hütte aus dem Reservekapital soviel neue Werke angelegt und gekauft, daß der reine Wert der Anlage jetzt 70 Millionen Mark beträgt. Trotzdem eine solche Verzinsung der Kapitalien eingetretten ist, hat man doch einen Kampf mit den Arbeitern des Werkes vorgezogen, um einer Lohnerhöhung aus dem Wege gehen zu können. Hieran können die Arbeiter nur lernen, wie notwendig es ist, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, um einer solchen Macht geschlossen und einheitlich gegenüberzutreten zu können. Nur durch den Zusammenschluß im christlichen Metallarbeiterverband ist es möglich, auf gesetlicher Grundlage einen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ausüben zu können. Durch Opferfreudigkeit und eine intensive Agitation wird es möglich sein, die dem Verbände noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen.

So wollen wir wirken und uns gegenseitig schulen, in einem zu diesem Zwecke in diesem Winter abzuhaltenden Unterrichtslehrgang. Mögen die Kollegen diesen Kursus zahlreich besuchen, damit auch hier in Menden immer mehr befähigte Kollegen in die Front treten können. Dann wird es auch mit unserer Organisation unaufhaltsam vorwärts gehen.

Bekanntmachung.

Die Ortsgruppen Hörbe, Eilendorf und Dinklage erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines Extrabeitrages von 10 Pfg., Schwab.-Gmünd eines solchen von 5 Pfg. pro Woche. Die Nichtbezahlung hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Versammlungs-Kalender.

- Buchholz-Großenbaum.** Sonntag, den 28. Okt., nachm. 6 Uhr, Vorstand- und Vertrauensmänner-Versammlung, 5½ Uhr Mitgliederversammlung.
- Biersheim.** Sonntag, den 4. November, nachm. 4½ Uhr, bei Hüpper in Rheinhausen.
- Duisburg I.** Sonntag, den 28. Oktober, nachm. 6 Uhr, bei Kavenburg, Wanheimerstraße.
- Effen-Altendorf.** Sonntag, den 28. Okt., morgens 11 Uhr bei Wint, Altendorferstraße.
- Effen-Berge-Vorbeck.** Sonntag, den 28. Okt., morgens 11 Uhr bei Wortmann, Hochstraße.
- Effen-Vorbeck-Schönebeck.** Sonntag, den 28. Oktober, morgens 11 Uhr bei Hausmann, Effenerstraße.
- Fottrop.** Sonntag, den 28. Okt., nachmittags 1¼ Uhr bei Treißlerer (Inh. Lojmann).
- Selkig.** Sonntag, den 28. Oktober, abends 6 Uhr bei Hoffstadt.
- Effen-Ortsverwaltung.** Donnerstag, den 1. November, morgens 11 Uhr, im neuen Saale des Vereinshauses in Effen West, Unterdorffstr., vierteljährliche Generalversammlung. Legitimation: Mitalliedsbuch.
- Spffeln.** Außerordentliche Generalversammlung am Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 1¼ Uhr im oberen Lokale von Gerst. Mitalliedsbücher unbedingt mitbringen.
- Letmathe.** Sonntag, den 28. Oktober, Generalversammlung im Saale von Franz Dümpert. Vortrag über das Quartalsabrechnung. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen sich zu beteiligen.
- Magdeburg.** Sonntag, den 28. Oktober, nachm. 6 Uhr, Generalversammlung.
- Mühlhausen i. G.** Sonntag, den 4. November, vormittags 10 Uhr bei Dörfler.
- Norden.** Sonntag, den 28. Oktober, nachmittags 5 Uhr im Vereinshaus. Dann alle 14 Tage Versammlung.
- Siegen.** Versammlung jeden 4. Sonntag im Monat. Nächste Sonntag, den 28. Okt., nachm. 4 Uhr, im Lokale von Heinrich Arzeng am Kampen.
- Scholle.** Sonntag, den 28. Oktober, morgens 11 Uhr bei Wegener. Pünktliches Erscheinen Pflicht. Tagesordnung: Wahl eines ersten Vorsitzenden.
- Weisbaden.** Samstag, den 3. November, abends 9 Uhr Versammlung in der „Stadt Weisbaden“.